



5.

Christa Böhme, Heidede Becker, Ulrike Meyer,
Ulla-Kristina Schuleri-Hartje und Wolf-Christian Strauss

Handlungsfelder integrierter Stadtteilentwicklung

Das breite Spektrum der Probleme, aber auch der Potenziale, auf Basis derer die Programmgebiete der Sozialen Stadt ausgewählt und abgegrenzt worden sind¹, spiegelt sich in den Handlungsfeldern von Maßnahmen und Projekten, die zur Lösung der Probleme und Erschließung der Potenziale eingesetzt werden. Planung und Realisierung der vielfältigen Maßnahmen und Projekte integrierter Stadtteilentwicklung werden durch die eher instrumentell-strategischen Handlungsfelder „Ressourcenbündelung“, „Quartiermanagement“, „Aktivierung und Beteiligung“ sowie „Prozess- und Ergebnisevaluierung, Monitoring“ gestützt; diese werden in den Kapiteln 6 bis 9 behandelt. Im Folgenden geht es um die inhaltlichen Handlungsfelder, für die ein Katalog mit insgesamt 17 Handlungsfeldern formuliert wurde² (vgl. Tabelle 12), um Schwerpunktsetzungen im Rahmen der Integrierten Handlungskonzepte sowie bei den konkreten Maßnahmen und Projekten ermitteln zu können. Dieser Katalog wird in modifizierter Form auch als Grundlage für die Dokumentation von Projekten und Maßnahmen in der Soziale-Stadt-Projektdatenbank³ genutzt.

5.1 Ziele, Handlungsfelder, Maßnahmen und Projekte der Programmumsetzung

Die mit der Programmumsetzung verfolgten Ziele lassen sich ebenso wie die zur Zielerreichung eingesetzten Handlungsfelder drei übergeordneten Funktionsbereichen zuordnen:

- Verbesserung der physischen Wohn- und Lebensbedingungen in den Stadtteilen (überwiegend baulich-investive, auf Gebäude, Wohnumfeld und öffentliche Räume bezogene Maßnahmen und Projekte);
- Verbesserung der individuellen Lebenschancen (Vermittlung von Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten an Bewohnerschaft und lokale Akteure, Hilfen zur Selbsthilfe);
- Integration und Vernetzung (Maßnahmen und Projekte zur Vermittlung in Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt, zur Förderung von Stadtteilleben und Stadtteilwirtschaft).

Im Zuge der Programmumsetzung zeichnet sich ab, dass die Gewichte stärker auf die Handlungsfelder verlagert werden, mit denen vor allem Integrationschancen gesteigert werden können. In diesem Zusammenhang gewinnen Handlungsfelder und Akteure zunehmend an Bedeutung, die bisher in der Städtebauförderung und Stadtentwicklung kaum eingebunden waren. In nahezu allen Handlungsfeldern der Sozialen Stadt müssen zur Bewältigung der komplexen Problemlagen in den Stadtteilen und zum Einlösen des integrativen Programmansatzes neue Strategien entwickelt und erprobt werden.

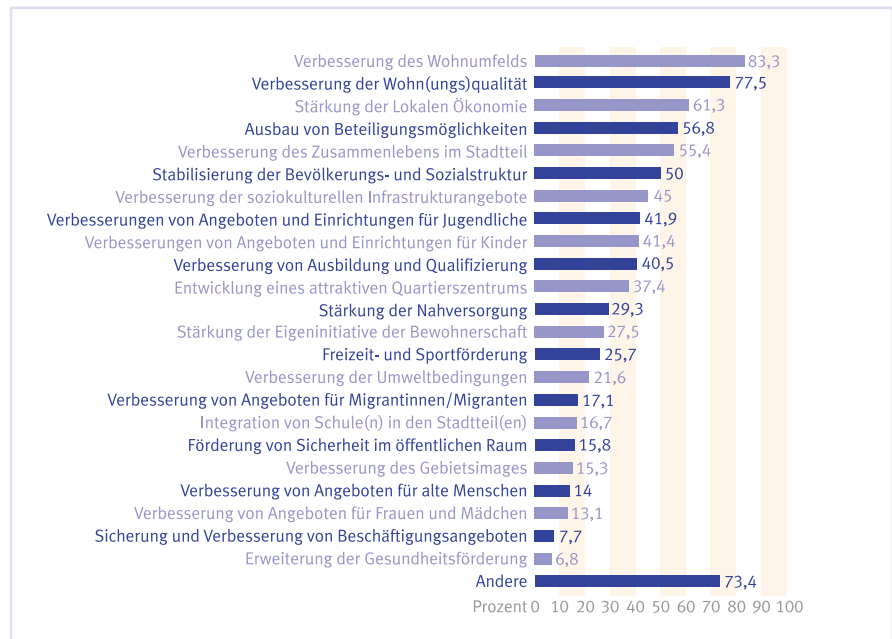
¹ Vgl. Abbildungen 19 und 20.

² Dieser vom Difu entwickelte Katalog basiert auf dem Leitfaden der ARGEBAU sowie den Anforderungen aus verschiedenen Richtlinien und Empfehlungen einzelner Bundesländer; vgl. dazu *Christa Böhme*, Zentrale Handlungsfelder integrierter Stadtteilentwicklung. Impulsreferat in der AG 8, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Impulskongress Integratives Handeln, S. 133–141.

³ www.sozialestadt.de/praxisbeispiele/projektdatenbank: Projekte zu den Strategien der einzelnen Handlungsfelder sind jeweils in Fußnoten vermerkt – dies führt zwar zu einem umfangreichen Fußnotenapparat, kann aber für das Auffinden spezieller Projekte hilfreich sein.

Abbildung 37:

Ziele der integrierten Stadtteilentwicklung (n=222, Mehrfachnennungen; Erste und zweite Befragung – Difu 2000/2001 und 2002)



Deutsches Institut für Urbanistik

Entsprechend den in der Umfrage genannten Zielen⁴ rangieren auch bei den Handlungsfeldern für die konkreten Maßnahmen und Projekte Aufgaben der traditionellen Städtebauförderung („Wohnumfeld und öffentlicher Raum“) an erster Stelle; sie werden in der Nachfrage nach den fünf wichtigsten Handlungsfeldern auf dieser Position bestätigt. Dies stimmt auch mit den Angaben zu den in den Integrierten Handlungskonzepten berücksichtigten Handlungsfeldern überein⁵.

Diskrepanzen zwischen Zielen und konkreten Maßnahmen (Abbildung 37 und Tabelle 12) zeigen sich beispielsweise im Handlungsbereich „Lokale Ökonomie“. Das Ziel „Stärkung der Lokalen Ökonomie“ rangiert mit Nennungen für 61 Prozent der Gebiete bei den Zielen auf Platz 3. Bezogen auf konkrete Maßnahmen und Projekte sind die entsprechenden Handlungsfelder aber eher unterrepräsentiert: „Wertschöpfung im Gebiet“ rangiert auf Platz 18/19 (Nennung für 29 Prozent der Programmgebiete), „Beschäftigung“ auf Rang 10 (54 Prozent) sowie „Qualifizierung und Ausbildung“ auf Rang 9 (56 Prozent).

Umgekehrt verhält es sich bei den Aktionsfeldern „Imageförderung“, „Kinder- und Jugendhilfe“ sowie „Sport und Freizeit“: Sie spielen sowohl bei den konkreten Maßnahmen als auch bei den Integrierten Handlungskonzepten eine bedeutendere Rolle, als die Angaben zu den Zielen der integrierten Stadtteilentwicklung erwarten ließen. Dies ist beispielsweise beim Aktionsfeld „Image und Öffentlichkeitsarbeit“ der Fall; Imageverbesserung als Ziel wurde nur für 15 Prozent der Programmgebiete genannt, in der Praxis dagegen wird „Image und Öffentlichkeitsarbeit“ für 77 Prozent der Gebiete als Handlungsfeld der konkreten Maßnahmen und Projekte

⁴ Im Rahmen der ersten Befragung zu den Gebieten der Programmjahre 1999 und 2000 wurden die Ziele für die Programmumsetzung offen abgefragt. Für die Ermittlung der Ziele in den Gebieten des Programmjahrs 2001 im Rahmen der zweiten Befragung wurden die aus den entsprechenden Antworten gebildeten Kategorien vorgegeben.

⁵ Vgl. Tabelle 7 in Kapitel 4.

angegeben (2. Rang). Unterschiede zwischen Praxis und Einschätzung fallen auch im Handlungsfeld „Sport und Freizeit“ auf: Für 70 Prozent der Programmgebiete, und damit an vierter Stelle der Häufigkeiten, spielt dieses Handlungsfeld eine Rolle; im Rahmen der Zurechnung zu den fünf wichtigsten Handlungsfeldern liegt es aber mit Nennungen für ein knappes Fünftel der Programmgebiete nur an elfter Stelle.

	Handlungsfelder der Maßnahmen			Besonders wichtige Handlungsfelder		
	abs.	%	Rang	abs.	%	Rang
Wohnumfeld und öffentlicher Raum (Sicherheit)	180	81,1	1	83	37,4	1
Image und Öffentlichkeitsarbeit	171	77,0	2	72	32,4	3
Kinder- und Jugendhilfe	156	70,3	3	66	29,7	5
Sport und Freizeit	155	69,8	4	43	19,4	11
Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur	151	68,0	5	80	36,0	2
Stadtteilkultur	142	64,0	6	49	22,1	10
Schulen und Bildung im Stadtteil	140	63,1	7	63	28,4	6
Zusammenleben unterschiedl. sozialer und ethnischer Gruppen	128	57,7	8	70	31,5	4
Qualifizierung und Ausbildung	124	55,9	9	58	26,1	7
Beschäftigung	121	54,5	10	50	22,5	9
Lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft	119	53,6	11	51	23,0	8
Verkehr	118	53,2	12	22	9,9	12
Umwelt	94	42,3	13	12	5,4	14
Familienhilfe	91	41,0	14	9	4,1	15
Seniorenhilfe	74	33,3	15	8	3,6	16
Wertschöpfung im Gebiet	64	28,8	16/17	15	6,8	13
Gesundheit	64	28,8	16/17	5	2,3	17
Anderes	2	0,9	18	2	0,9	18

Tabelle 12:

Inhaltliche Handlungsfelder der Maßnahmen und Projekte (n=222, Mehrfachnennungen; Zweite Befragung – Difu 2002)



Für die folgenden Teilkapitel (5.2 bis 5.8) wurden aus den inhaltlichen Handlungsfeldern sieben Schwerpunkte ausgewählt. Während sich die besondere Bedeutung der Handlungsfelder oder -bereiche „Zusammenleben im Stadtteil“, „Wohnungs-

modernisierung und Wohnumfeldverbesserung“, „Stadtteilkultur“ sowie „Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit“ auch in den Häufigkeitsangaben der Umfrageergebnisse spiegelt, lässt sich die wichtige Funktion von „Lokaler Ökonomie“, „Schulen und Bildung“ sowie „Gesundheitsförderung“ für die Stadtteile der Sozialen Stadt aus Ergebnissen der Programmbegleitung vor Ort und Diskussionen im bundesweiten Erfahrungsaustausch ableiten: Die Bedeutung Letzterer wächst im Laufe der Umsetzung kontinuierlich, was in der Umsetzungspraxis (nach Häufigkeiten) aber noch nicht zur Geltung kommt. Deshalb wurden die folgenden Handlungsschwerpunkte ausgewählt:

- Die Integration der Stadtteilbevölkerung in den Arbeitsmarkt zählt zum Problem Nr. 1. Vor diesem Hintergrund haben Aktivitäten zur Stärkung der *Lokalen Ökonomie* strategische Bedeutung für die langfristig tragfähige Entwicklung in den Stadtteilen. Sie sind auf arbeitsmarkt-, beschäftigungs-, struktur- und sozialpolitische Ziele gerichtet und umfassen damit die drei Handlungsfelder „Beschäftigung“, „Qualifizierung und Ausbildung“ sowie „Wertschöpfung im Gebiet“.
- Als grundlegendes Ziel im Rahmen des Programms Soziale Stadt gilt, Fähigkeiten von Bewohnerschaft und lokalen Akteuren zum – auch kulturübergreifenden – Miteinander, zur produktiven Konfliktbewältigung und zur Zusammenarbeit zu stärken. Deshalb kommt dem Handlungsfeld *Zusammenleben im Stadtteil* für die Quartiersentwicklung ebenfalls eine Schlüsselfunktion zu.
- Als traditionelle Handlungsfelder der klassischen Städtebauförderung spielen vor allem „Wohnumfeld und öffentlicher Raum“, aber auch „Lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft“, „Umwelt“ und „Verkehr“ im Rahmen der Sozialen Stadt eine tragende Rolle; sie sind hier zum *Schwerpunkt Wohnungsmodernisierung und Wohnumfeldverbesserung* zusammengefasst. Bestandsverbesserung, Abbau siedlungsstruktureller und städtebaulicher Defizite sowie wohnungswirtschaftliche Maßnahmen (Mietverzicht, spezifische Belegungspolitik, Zusatzangebote) gehörten auch schon zu Zeiten der sozial orientierten „Behutsamen Stadterneuerung“ zum geläufigen Repertoire.
- Von vielen Seiten wird dem Handlungsfeld *Schulen und Bildung im Stadtteil* besondere Priorität eingeräumt⁶. Mit ihm werden einerseits die Voraussetzungen für die Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft geschaffen, andererseits kann Schule (als Institution und als Ort) zu einem wichtigen Kristallisationspunkt für das Stadteileben werden. Vor allem, wenn sich die Schulen zum Stadtteil hin öffnen, übernehmen sie vielfach wichtige soziale Funktionen weit über ihre engeren Aufgaben der schulischen Bildung hinaus. Sie bieten Elternförderung an, stellen Verbindungen zur lokalen Wirtschaft her, widmen sich der Sprachförderung und bieten als Offene Schule einen Ort als Bürgertreff und Stadtteilmittelpunkt.

⁶ Beispielsweise *Spiegel*, Integrativ, kooperativ, aktivierend, S. 35; Volkmar Strauch im Rahmen der Podiums- und Plenumsdiskussion „Integrierte Handlungskonzepte – Erfahrungen aus der Praxis“, abgedruckt in: *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Impulskongress Integratives Handeln*, S. 59: „Dies führt mich zu der Forderung, dass in jedem Stadtteil die Schule der schönste Ort sein muss. Die Qualifizierung der Menschen und die Schule sozusagen als soziales und kommunikatives Zentrum sind das Allerwichtigste. Die Mittel müssen stark auf die Schule konzentriert werden, nicht auf das Schulgebäude, sondern auf das, was in ihm passiert.“

- Bei der Programmumsetzung der Sozialen Stadt spielte das Handlungsfeld *Stadtteilkultur* anfangs eine eher untergeordnete Rolle. Dies wurde beispielsweise im Jahr 2000 auf der Starterkonferenz zum Programm Soziale Stadt und dem Impulskongress zum Quartiermanagement bemängelt⁷. Inzwischen haben kulturelle Aktivitäten und Maßnahmen nicht nur im Rahmen der Integrierten Handlungskonzepte, sondern auch bei den Maßnahmen und Projekten an Gewicht gewonnen. Stadtteilbezogene Kulturarbeit trägt dazu bei, Kommunikation zu fördern, Menschen zu aktivieren, zu beteiligen und deren kreatives Potenzial herauszufordern, Stadtteil- und Ortsgeschichte sichtbar zu machen sowie neue Erlebnis- und Wahrnehmungsebenen zu erschließen.
- Beim Handlungsfeld *Gesundheitsförderung* besteht noch deutlicher Nachholbedarf. Es wird bisher im Rahmen der Sozialen Stadt noch zu wenig wahrgenommen und thematisiert, wenngleich mittlerweile verstärkt der Zusammenhang von Armut, Benachteiligung und Krankheit ins Blickfeld vieler Akteure rückt. Tatsächlich erweist sich Gesundheitsförderung im Sinne eines weiten Gesundheitsverständnisses, das körperliches, seelisches, geistiges und soziales Wohlbefinden umfasst, als Schlüsselthema in den Programmgebieten der Sozialen Stadt.
- Insbesondere das Handlungsfeld *Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit* stellt sich als Querschnittsaufgabe der Sozialen Stadt dar, in die alle anderen Handlungsfelder einbezogen sein können. Darüber hinaus dient Öffentlichkeitsarbeit auch der Aktivierung vor Ort und der Förderung von Kommunikation. Eine Korrektur des bereits bestehenden Negativimages in vielen Programmgebieten, das einer Identifikation von Bewohnerinnen und Bewohnern mit dem Stadtteil als gesellschaftlichem Ort im Wege steht, sowie die Förderung der Herausbildung von Positivimages erfordern nicht nur handfeste Verbesserungen in den Quartieren, sondern auch die Entwicklung umfassender Konzepte offensiver Öffentlichkeitsarbeit, die nach außen und nach innen gerichtet ist.

Die konkreten Maßnahmen und Projekte der Sozialen Stadt können in der Regel mehreren Handlungsschwerpunkten zugeordnet werden, sodass sich vielfache Überlagerungen ergeben. Dies gilt vor allem für das Handlungsfeld „Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur“, das deshalb nicht in einem eigenen Abschnitt behandelt wird.

Bei der Programmumsetzung erlangen so genannte Schlüssel- oder auch Leuchtturmprojekte besondere Bedeutung für die Stadtteilentwicklung: Durch sie werden kräftige Impulse für das Quartiersleben und -image gegeben, und sie entfalten Signalwirkung für Atmosphäre und Stimmung im Stadtteil. Von einigen Teams der Programmbegleitung vor Ort werden ein „hoher Vernetzungs- und Wirkungsgrad“ sowie die „strategische Bedeutung“ der Schlüsselprojekte hervorgehoben⁸. Bei der zweiten Befragung wurde für 88 Prozent aller Programmgebiete die Frage nach

⁷ Vgl. Beitrag von Andreas Romero zur Plenumsdiskussion, abgedruckt in: *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)*, Dokumentation der Starterkonferenz, Berlin 2000, S. 145 (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 4) sowie Stefan Rommelfanger, Bericht der AG 7 Bildungs- und Kulturarbeit, in: *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)*, Impulskongress Quartiermanagement, S. 85–89.

⁸ Hierzu *Ingeborg Beer und Reinfried Musch*, Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor sowie *Heiko Geiling, Thomas Schwarzer, Claudia Heinzelmann und Esther Bartnick*, Hannover – Vahrenheide-Ost, beide in: *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)*, Die Soziale Stadt, S. 63 und S. 159.

Projekten bejaht, denen für den Stadtteil eine Schlüsselbedeutung zugewiesen wird⁹. Das Handlungsfeld „Wohnumfeldverbesserung und öffentlicher Raum“ nimmt auch im Rahmen der Schlüsselprojekte den ersten Rang ein (170 Nennungen), gefolgt von „Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur“ (153 Nennungen) sowie mit großem Abstand „Lokaler Wohnungsmarkt“ (42 Nennungen). Für 63 Prozent der Programmgebiete wird außerdem angegeben, dass manche Projekte „besonders hilfreich (innovativ, integrativ, nachhaltig o.ä.)“ sind und so auch die Kriterien von „Good Practice“ erfüllen¹⁰. Dabei werden am weitaus häufigsten Projekte und Maßnahmen des Handlungsfelds „Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur“ genannt (127 Nennungen).

In den folgenden Teilkapiteln stehen zum einen die besonderen Herausforderungen im Rahmen der jeweiligen Handlungsschwerpunkte zur Debatte, mit denen die Akteure in den Programmgebieten der Sozialen Stadt konfrontiert sind. Zum anderen geht es um die charakteristischen gebietsbezogenen Strategien sowie um die für den jeweiligen Handlungsschwerpunkt typischen Maßnahmen und Projekte, deren Beschreibung und Einordnung sich vor allem auf die Soziale-Stadt-Projektdatebank gründet¹¹.

5.2 Lokale Ökonomie

Die Lokale Ökonomie kann einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse in benachteiligten Stadtteilen leisten. Im Vordergrund steht dabei, die „Teilökonomie der Stadtteil- und Quartiersbetriebe“¹² zu fördern, die sich trotz ihrer „zentralen Bedeutung für den städtischen und lokalen Arbeitsmarkt sowie die Versorgungsqualität der Stadtteile ... bis vor kurzem im ‚toten Winkel‘ der Stadtpolitik“ befand¹³. Mit einer solchen lokal orientierten Wirtschaftsförderung wird die Förderung technologie- und global orientierter Teile der städtischen Ökonomie ergänzt, die heute meist im Mittelpunkt von kommunaler Wirtschaftspolitik steht. Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung lokal-ökonomischer Ansätze ist die Einbettung quartiersbezogener Entwicklungskonzepte in gesamtstädtische und regionale Wirtschaftsstrategien, da diese „Betriebe ... trotz ihrer lokalen Orientierung in ihrer Entwicklung in vielfältiger Weise von über-regionalen und selbst globalen Bezügen beeinflusst“¹⁴ werden.

⁹ Für 195 Programmgebiete sind insgesamt 579 Schlüsselprojekte genannt worden: für zehn Gebiete je eines, für weitere 17 Gebiete zwei Projekte und für den Rest (168 Gebiete) jeweils drei und mehr.

¹⁰ Die Frage nach Projekten, die den Anspruch „Good Practice“ erfüllen, wurde für 140 Gebiete (63 Prozent) bejaht; davon wurden für 40 Gebiete je ein Projekt, für 37 je zwei und für 63 Gebiete je drei oder mehr Projekte genannt. Dies ergibt insgesamt 346 Projekte. Für 60 Programmgebiete wurde angegeben, dass Good-Practice-Projekte „noch nicht“ realisiert seien.

¹¹ Bei den folgenden Ausführungen geht es vor allem darum, Einblicke in charakteristische inhaltliche Strategien der Sozialen Stadt zu vermitteln, nicht aber um eine tiefgreifende Analyse der verschiedenen Handlungsschwerpunkte.

¹² Vgl. zu den Teilökonomien der städtischen Wirtschaft am Beispiel Hamburgs *Läpple*, S. 19–31 sowie insgesamt zum Thema: *Sabine Weck*, Reichweite und Relevanz stadtteilbezogener sozio-ökonomischer Entwicklungsstrategien, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), *Lokale sozio-ökonomische Strategien in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf*, 1. Aufl. Dortmund 2000, S. 42–54 (ILS Schriften, Bd. 168); *Cathy Cramer und Jan Behrens*, Lokale Ökonomie – eine zentrale Strategie für die Soziale Stadt, in: *Soziale Stadt info* Nr. 5 (2001), S. 2–7.

¹³ *Läpple*, S. 27.

¹⁴ Ebenda.

Die Stärkung der Lokalen Ökonomie spielt in rund 60 Prozent der Programmgebiete eine Rolle und nimmt damit den dritten Rang bei den Zielnennungen ein¹⁵. Wie viel Bedeutung diesem Handlungsbereich vor Ort beigemessen wird, zeigt sich auch darin, dass vier der insgesamt neun in den Modellgebieten der Sozialen Stadt durchgeführten Themenkonferenzen sich mit dem Bereich Lokale Ökonomie beschäftigten¹⁶. Bei den konkreten Maßnahmen und Projekten erreichen die Handlungsfelder der „Lokalen Ökonomie“ – „Wertschöpfung im Gebiet“ (64 Nennungen), „Beschäftigung“ (121 Nennungen) sowie „Qualifizierung und Ausbildung“ (124 Nennungen) – hingegen lediglich die Ränge 18/19, 10 und 9¹⁷. Offenbar wird im Bereich „Lokale Ökonomie“ zwar großer Handlungsbedarf gesehen, doch scheinen Unsicherheiten über erfolgversprechende Handlungsstrategien zu bestehen¹⁸.

Probleme und Potenziale im Handlungsbereich Lokale Ökonomie

Das Fehlen von Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie von Qualifizierungs- und Ausbildungsangeboten ist ein zentrales Problem in den benachteiligten Quartieren. Dabei betrifft die Arbeitslosigkeit in den Stadtteilen – wie zum Beispiel im Modellgebiet Cottbus – Sachsendorf-Madlow – Jugendliche häufig überproportional: „Angesichts des hohen Anteils von Jugendlichen ist der Stadtteil Sachsendorf-Madlow in besonderem Maße von deren schwieriger Zukunftsplanung und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet. Der Anteil jugendlicher Arbeitsloser ist hier höher als in anderen Stadtteilen“¹⁹. Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit in der Regel bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund; im Modellgebiet Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor beispielsweise hat über ein Drittel dieser Jugendlichen keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz²⁰.

Folgen hoher Arbeitslosigkeit in den Gebieten sind Einkommens- und Kaufkraftverluste der Quartiersbevölkerung; sie gefährden damit die wirtschaftliche Entwicklung der im Stadtteil verankerten Betriebe und Unternehmen: „Besonders negativ wirkt sich die zunehmende soziale Polarisierung der Stadt und die damit verbundene Abwärtsspirale ökonomischer, sozialer und baulicher Erosion einzelner Stadtteile auf die Existenz lokal orientierter Betriebe aus.“²¹ In Verbindung mit der Konzentration im Einzelhandel (Filialisierung, Malls, Zentren auf der „grünen Wiese“) kommt es in der Folge häufig – wie beispielsweise im Modellgebiet Leipziger Osten – zu Schließungen von Läden und damit zu Leerstand: „Geschäftsschließungen auch alteingesessener Einzelhändler sowie der Leerstand von Ladenlokalen ... sind gravierende Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs ...“²² Dies wirkt sich wiederum mindernd auf die Attraktivität des Stadtteils und der lokalen

15 Vgl. Abbildung 37 in Kapitel 5.1.

16 Flensburg – Neustadt, Hamburg-Altona – Lurup, Kassel – Nordstadt und Leinefelde – Südstadt.

17 Vgl. Tabelle 12 in Kapitel 5.1.

18 So auch Rolf-Peter Löhr im Rahmen der Podiumsdiskussion „Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomie“, in: *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Die Soziale Stadt*, S. 131.

19 *Knorr-Siedow/Jahnke/Trostorff*, S. 10.

20 Vgl. *Beer/Musch*, „Stadtteile ...“, S. 28.

21 *Läpple*, S. 27.

22 *Böhme/Franke*, Programmbegleitung, S. 12.

Geschäfte aus; teilweise „existiert keine ausreichend stabile lokale Ökonomie zur Deckung des täglichen Bedarfs“ mehr²³.

Dennoch wird für rund die Hälfte der Programmgebiete die Lokale Ökonomie als Potenzial der Stadtteilentwicklung mit einem Schwerpunkt auf Stabilisierung und Stärkung der im Stadtteil vorhandenen ökonomischen Strukturen angesehen²⁴. Das häufig insbesondere bei der Bewohnerschaft mit Migrationshintergrund vorhandene Interesse, eine selbständige Existenz zu gründen, bietet darüber hinaus die Chance, die Teilökonomie der Stadtteil- und Quartiersbetriebe zu stärken. Insbesondere in nutzungsgemischten Altbauquartieren stellen Brachen ein Flächenpotenzial dar, das – seine Verfügbarkeit und Mobilisierung vorausgesetzt – Flächennachfragen aus dem Stadtteil und Ansiedlungsanliegen von außerhalb bedienen kann²⁵. Des Weiteren sind die Projekte und Maßnahmen der integrierten Stadtteilentwicklung selbst ein Potenzial für die Lokale Ökonomie, wenn sie mit Beschäftigungsmöglichkeiten für die Quartiersbevölkerung verknüpft werden. Insgesamt bieten zentrale, urbane und nutzungsgemischte Stadtteile mehr Ansatzpunkte für lokal-ökonomische Strategien als die fast ausschließlich auf Wohnen ausgerichteten Großsiedlungen am Stadtrand²⁶. Auch in sehr kleinen Gebieten fehlen in der Regel die Ansatzpunkte für eine lokal-ökonomisch zukunftsfähige Entwicklung²⁷.

Lokale Ökonomie – Strategien zur Stabilisierung und Weiterentwicklung

Vierorts bemühen sich Quartiermanagement, lokale Akteure und Verwaltung mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen und Aktionen darum, bestehende Unternehmen und Existenzgründungen zu unterstützen, die lokale Beschäftigungssituation zu verbessern, Aus- und Weiterbildung zu fördern, über Aktivitäten im Zweiten Arbeitsmarkt und im Bereich Soziale Ökonomie das Zusammenleben im Stadtteil zu intensivieren und sozial integrierend zu wirken. Insgesamt lassen sich dabei typische Strategien und Maßnahmen ableiten, die im Folgenden näher beschrieben werden: Wesentliche Bedeutung für die Unterstützung und Weiterentwicklung der Lokalen Ökonomie haben *Vor-Ort-Büros für Wirtschaftsentwicklung*²⁸, die bereits in einigen

23 Geiling und andere, Begleitende Dokumentation, S. 87.

24 So auch Dieter Begaß im Rahmen der Podiumsdiskussion „Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomie“, in: *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Die Soziale Stadt*, S. 128.

25 Vgl. Knorr-Siedow/Jahnke/Trostorff, S. 27; Matthias Frinken, Helga Rake und Susanne Schreck, Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt, Modellgebiet Flensburg-Neustadt. Programmbegleitung vor Ort-Endbericht, Hamburg 2002, S. 35 f.; Austermann/Ruiz/Sauter, S. 21; Christine Mussel und Peter Kreisl, Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. Modellgebiet Kassel-Nordstadt. Endbericht der Programmbegleitung vor Ort, Kassel 2002, S. 25; Cathy Cramer und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Programmbegleitung vor Ort im Modellgebiet Schwerin – Neu Zippendorf, Berlin 2002, S. 26.

26 Vgl. hierzu Thomas Rommelspacher, Die Bedeutung der lokalen Ökonomien für die städtische Wirtschaftsstruktur und -entwicklung, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), *Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf*, 1. Aufl. Dortmund 1997, S. 13 (ILS Schriften, Bd. 130).

27 Cramer/Behrens, S. 2.

28 So beispielsweise im Modellgebiet Hamburg-Altona – Lurup das „Büro für Lokale Wirtschaft“ (LoWi), das kleinere und mittlere Unternehmen mit weitgehend kostenlosen Beratungsdienstleistungen unterstützt und die Kooperation der Betriebe fördert (Breckner und andere, S. 112) oder im Modellgebiet Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord das Büro für Wirtschaftsentwicklung (BfW) (Austermann/Ruiz/Sauter, S. 55 f.); vgl. auch das folgende Projekt in der Soziale-Stadt-Projektbank: Büro für Wirtschaftsentwicklung in Duisburg – Marxloh.

Programmgebieten eingerichtet wurden. Aufgaben dieser Büros sind insbesondere aufsuchende und begleitende Beratung sowie Qualifizierung von Einzelbetrieben, Existenzgründungsförderung, Initiierung von Netzwerken und Kooperationen, Imageverbesserung und Aufbau von Kommunikationsstrukturen sowie Einbindung von wirtschaftsrelevanten Einrichtungen (z.B. Arbeitsamt, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer) in die Vor-Ort-Arbeit. Zugleich wird häufig das Ziel verfolgt, die Bindung der ortsansässigen Bevölkerung und Unternehmen an den Ort zu fördern und sie zu unterstützen. Alternativ zur Einrichtung von lokalen Büros für Wirtschaftsentwicklung werden die genannten Aufgaben in manchen Gebieten durch spezialisierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des lokalen Quartiermanagements wahrgenommen²⁹.

Praxisbeispiel



Abbildung 38

(Foto: Susanne Wewer, Gelsenkirchen)

Büro für Wirtschaftsförderung in Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord

Das Büro für Wirtschaftsförderung (BfW) ist als eine Außenstelle des Amtes für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung eingerichtet worden und versteht sich als Teil des Stadtteilmanagements. Es arbeitet mit örtlichen Unternehmen, Einzelhändlern und Existenzgründern zusammen und konzentriert sich auf Tätigkeitsfelder wie aufsuchende und begleitende Beratung sowie Qualifizierung von Betrieben, Förderung von Existenzgründungen, Initiierung von Netzwerken und Kooperationen, Imageverbesserung und Aufbau von Kommunikationsstrukturen, Gutachten/Befragungen/Analysen, Projektentwicklung.

²⁹ So z.B. in den Modellgebieten Schwerin – Neu Zippendorf (Cramer/Schuleri-Hartje, S. 50) und Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor (Beer/Musch, „Stadtteile ...“, S. 39).

Als besonders zentral in der Programmumsetzung werden auch *Maßnahmen zur Bestandspflege* angesehen³⁰. Um wirtschaftlich erfolgreich zu agieren, benötigen viele kleine Betriebe und Unternehmen direkt auf ihre Situation zugeschnittene Beratungsleistungen³¹. Mit aufsuchenden und individuell auf die Bedürfnisse des einzelnen Unternehmens ausgerichteten Beratungsangeboten wie betriebsorientierten Seminaren und Informationsveranstaltungen beispielsweise in den Bereichen EDV oder Marketing, Informationen über Programme der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktpolitik sowie Beratungsleistungen bei der Beantragung von Fördermitteln wird in vielen Gebieten auf diesen Bedarf reagiert. Zunehmend wird besondere Aufmerksamkeit den ethnischen Unternehmen entgegengebracht, da diese häufig eine wichtige Versorgungsfunktion in den Quartieren erfüllen. Deutlich zeigt sich, dass eine erfolgreiche Bestandspflege – soweit entsprechende kleinräumige Daten fehlen, und dies ist der Regelfall – zunächst eine Analyse der im Gebiet tätigen Betriebe und Unternehmen im Hinblick auf ihre Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie Beratungsbedarfe voraussetzt³².

Bei der *Förderung von Existenzgründungen* geht es in den benachteiligten Stadtteilen um die sorgfältige Beratung von häufig „entmutigten und formal oft nicht sehr hoch qualifizierten Personen“³³. „Die Erfahrungen zeigen, dass sich viele Existenzgründer in ihrer Entscheidungsfindung schwer tun, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Risiken oft nicht ausreichend bedenken.“³⁴ Existenzgründer in den Gebieten werden daher – auch über die Anfänge ihrer Selbständigkeit hinaus – gezielt durch Informationen über Fördermöglichkeiten, durch Qualifizierung und begleitendes Coaching sowie themenbezogene Seminare unterstützt. Teilweise werden Existenzgründerinnen und -gründern auch leer stehende Räumlichkeiten zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt³⁵. Als wesentlich hat sich herausgestellt, nur solche Existenzgründungen zu fördern und zu subventionieren, deren Leistungen tatsächlich nachgefragt und gebraucht werden, sodass die neu gegründeten Unternehmen mittel- bis langfristig von der öffentlichen Förderung unabhängig werden³⁶.

Im Bereich von Beschäftigungsförderung und Qualifizierung kommen in den Gebieten sowohl personen- als auch unternehmensbezogene Maßnahmen zum Ein-

30 Vgl. hierzu beispielsweise das städtebauliche Konzept zur Attraktivitätssteigerung und Unterstützung der kleinteiligen Gewerbestrukturen im Modellgebiet Hannover – Vahrenheide (*Geiling und andere*, Begleitende Dokumentation, S. 109) sowie folgende Projekte in der Projektdatenbank: Bärenrummel – Potsdamer Strasse bärenstark! in Berlin-Schöneberg – Sozialpalast/Bülowstraße; Bauausstellung in Völklingen – Unteres Wehrden.

31 Gabriela Pohle im Rahmen der Podiumsdiskussion „Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomie“, in: *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)*, Die Soziale Stadt, S. 125.

32 Vgl. z.B. die wirtschaftsanalytische Befragung von 100 Unternehmen im Modellgebiet Leipziger Osten (*Böhme/Franke*, Programmbegleitung, S. 31) sowie Diana Stuhr und Dieter Begaß im Rahmen der Podiumsdiskussion „Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomie“, in: *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)*, Die Soziale Stadt, S. 124 und 127.

33 *Sabine Weck*, Wirtschaften im Stadtteil – Förderung der quartiersbezogenen Ökonomie, in: *Deutsches Institut für Urbanistik*, Fachgespräch „Wirtschaften im Quartier“, S. 32.

34 *Beer/Musch*, „Stadtteile ...“, S. 95.

35 Vgl. hierzu z.B. *Martin Brinkmann*, Ansiedlung von Existenzgründern und Unternehmen vor Ort, in: *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)*, Fachgespräch „Wirtschaften im Quartier“, S. 89–94 sowie das folgende Projekt in der Datenbank: GründerGalerie in Berlin-Kreuzberg – Neues Kreuzberger Zentrum/Wassertorplatz.

36 So auch *Karl Jasper* im Rahmen der Abschlussdiskussion, in: *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)*, Fachgespräch „Wirtschaften im Quartier“, S. 152 f.

satz. Während bei personenbezogenen Maßnahmen die Unterstützung der Fähigkeiten und Potenziale des Einzelnen und häufig bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Jugendliche, Frauen oder Behinderte im Vordergrund stehen³⁷, sind unternehmensbezogene Maßnahmen stärker am Bedarf der Unternehmen im Stadtteil ausgerichtet; Arbeit Suchende aus dem Gebiet werden dementsprechend gezielt qualifiziert³⁸. Bisherige Erfahrungen lokaler Beschäftigungsträger zeigen, wie wichtig eine *Verbindung von personen- und unternehmensorientierter Beschäftigungsförderung und Qualifizierung* für eine effektive und passgenaue Vermittlung ist. Davon profitieren beide Seiten. Außerdem kommen ohne diese Verknüpfung neu geschaffene Arbeitsplätze im Stadtteil nicht der Quartiersbevölkerung zugute³⁹. Die Verknüpfung beider Ansätze hat sich zudem vor dem Hintergrund bewährt, dass die in der Regel kleineren Unternehmen in den benachteiligten Stadtteilen ihr Personal selten über Suchanzeigen in Tageszeitungen, vielmehr häufig über den Weg persönlicher Empfehlungen rekrutieren.

Ein wichtiger Baustein im Bereich der Berufsorientierung und -vorbereitung für Jugendliche ist das gebietsbezogen angelegte „*Freiwillige Soziale Trainingsjahr*“ (FSTJ). Dessen Kern bildet die Verbindung von Arbeitserfahrungen mit verschiedenen Qualifizierungsbausteinen. Diese vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ entwickelte jugendpolitische Maßnahme ergänzt das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt und bietet Jugendlichen in besonderen Lebenslagen maßgeschneiderte Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf⁴⁰.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor stadtteilbezogener Beschäftigungspolitik ist die *Verknüpfung von lokalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten mit der Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts*⁴¹. Die Vernetzung von Arbeitsmarktpolitik mit gesellschaftlich sinnvollen Handlungsfeldern verursacht nicht nur

37 Zielgruppe Jugendliche: Vgl. beispielsweise das Projekt „Heran an die Zukunft“ im Modellgebiet Flensburg – Neustadt (Frinken/Rake/Schreck, S. 65); die Kiezkneipe „Anhalter Platz“ sowie die Servicestationen im Modellgebiet Halle – Silberhöhe (Geiss/Kemper/Krings-Heckemeier, S. 45 f.); das Projekt „Lift“ im Modellgebiet Hannover – Vahrenheide (Geiling und andere, *Begleitende Dokumentation*, S. 69) sowie folgende Projekte in der Projektdatenbank: Hafenschlepper – Qualifizierungsmaßnahme für benachteiligte Jugendliche in Herne – Horsthausen; Café Lissabon und Catering in Berlin-Zehlendorf; Big Steps in Berlin-Pankow – Prenzlauer Berg.

Zielgruppe Frauen: Vgl. z.B. den Beschäftigungsträger Fraueninitiative quirl e.V. im Modellgebiet Bremen – Gröpelingen (Franke/Meyer, S. 37) sowie das folgende Projekt in der Datenbank: Frauen-Lern-Ort Jenfeld in Hamburg-Wandsbek – Jenfeld.

Zielgruppe Behinderte: Vgl. z.B. die – geplante – Förderung von Beschäftigungsprojekten speziell für Behinderte im Modellgebiet Cottbus – Sachsendorf-Madlow (Knorr-Siedow/Jahnke/Trostorff, S. 41).

38 Vgl. hierzu beispielsweise das Projekt Jobrotation in Hamburg (Cramer/Behrens, S. 3) sowie das folgende Projekt in der Projektdatenbank: Qualifizierung und Arbeit statt Sozialhilfe in Leipzig – Leipziger Osten.

39 Diana Stuhr und Gabriela Pohle im Rahmen der Podiumsdiskussion „Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomie“, in: *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Die Soziale Stadt*, S. 133; Weck, *Wirtschaften im Stadtteil*, S. 33.

40 Vgl. hierzu beispielsweise die Maßnahmen im Rahmen des FSTJ im Modellgebiet Leipziger Osten (Böhme/Franke, *Programmbegleitung*, S. 32 f.) sowie die folgenden Projekte in der Datenbank: FSTJ – Qualifizierungsbüro Osterbaum in Wuppertal – Osterbaum; FSTJ in Neunkirchen – Östliche Innenstadt/Oberer Markt.

41 Vgl. hierzu auch *Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Die Verknüpfung von Struktur- und Arbeitsmarktpolitik. Beschäftigung und Qualifizierung im und für den Stadtteil, Dortmund 1997 (ILS Schriften, Bd. 122).*

Abbildung 39/40

Praxisbeispiel



„maßarbeit – lokales Qualifizierungsbüro“ in Kassel – Nordstadt

Das Projekt „maßarbeit – lokales Qualifizierungsbüro“ ist ein Modellprojekt im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres (FSTJ); Projektträger ist der eng mit dem Arbeitsamt und lokalen Unternehmen zusammenarbeitende Verein BuntStift e.V. Dieser vermittelt Jugendlichen aus dem Stadtteil berufliche Orientierung und Qualifikation. Zugleich berät und unterstützt er sie auch bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme. Angeboten werden unter anderem Grundkurse in Holz und Metall. Angeleitet durch Ausbilder führen die Jugendlichen z.B. die Reparatur elektrischer Geräte durch, die anschließend zum Verkauf angeboten werden. Darüber hinaus bietet der Projektträger auch Alphabetisierungskurse, EDV-Kurse und arbeitsbegleitenden Unterricht zum Erwerb des Hauptschulabschlusses an.

(Fotos: Daylight Filmproduktion GmbH, Berlin)

spürbare Verbesserungen im Quartier; die unmittelbare Tätigkeit für den Stadtteil führt bei den an Maßnahmen und Projekten Teilnehmenden auch zu einer stärkeren Identifizierung mit ihrer Arbeit und ihrem Stadtteil. Besonders im investiv-städtebaulichen Bereich werden in den Gebieten daher häufig Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen verbunden: Entsiegelung, Begrünung und Neugestaltung öffentlicher und privater Flächen, Anlage von Spielplätzen, Gestaltung von Brachflächen, Bau von Radwegen und vieles mehr⁴². Noch eher selten werden nicht-investive Maßnahmen im Stadtteil z.B. im Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung, der Sport- und Kulturangebote oder Öffentlichkeitsarbeit mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten gekoppelt⁴³. Wohnungsunternehmen übernehmen hierbei häufig eine wichtige Rolle, indem sie insbesondere Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung, aber auch der Gemeinwesenarbeit zunehmend mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen verknüpfen⁴⁴.

⁴² Vgl. hierzu beispielsweise folgende Projekte in der Datenbank: Umbau der Außenanlagen „Haus der Begegnung“ in Schwerin – Neu Zippendorf; Kunstbaustelle Windwörter – Arbeit und Wohnumfeldverbesserung in Neuruppin – Wohnkomplex I-III; Huchtinger Greenteam – Beschäftigungsprojekt zur Verschönerung des Quartiers in Bremen – Sodenmatt/Kirchhuchting.

⁴³ Vgl. das folgende Projekt in der Datenbank: Stadtteilzeitung „Vor Ort“. Online-Zeitung als Qualifizierungsprojekt in Ahlen – Süd/Ost.

⁴⁴ Vgl. hierzu Kapitel 5.4 sowie Dieter Kraemer, Das Selbstverständnis von Wohnungsunternehmen im Kontext Stadterneuerung – Quartiersökonomie, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Fachgespräch „Wirtschaften im Quartier“, S. 41–52; Klaus Pfitzenreuter, Die Einbindung in lokalen Netzwerken – Neue Handlungsansätze zur Bearbeitung wohnungswirtschaftlicher Fragestellungen – Das Beispiel Lünen-Brambauer, in: ebenda, S. 79–88.

Weitere wesentliche Strategie im Bereich der Lokalen Ökonomie ist die *Förderung der Sozialen Ökonomie*, das heißt von Betrieben, die vor allem lokal nachgefragte Dienstleistungen anbieten, die über den Markt und die öffentliche Hand nicht bereitgestellt werden können. Diese neuen „sozialen Unternehmen“ können „allgemeingültig weder als ‚echte Existenzgründungen bzw. Unternehmen‘ noch als ‚soziale Projekte‘ bezeichnet werden“⁴⁵. Gebietsbezogene Beispiele hierfür sind gemeinwesenbezogene Stadtteilbetriebe, Stadtteilservices, hauswirtschaftliche Dienstleistungsagenturen, Schulküchen sowie Stadtteil- und Kulturcafés⁴⁶. Dabei hat sich gezeigt, dass Projekte der Sozialen Ökonomie, die gleichermaßen soziale, gemeinwesenorientierte und ökonomische Ziele verfolgen, besonders geeignet sind, Einkommens- und Arbeitsmöglichkeiten für gering qualifizierte Personengruppen zu schaffen. Sie ergänzen überdies die soziale und kulturelle Infrastruktur sowie das lokale Angebot an Waren, an personen-, haushalts- und gemeinwesenbezogenen Dienstleistungen im Gebiet. Für den Erfolg dieser Projekte ausschlaggebend sind vor allem ihre Einbettung in den Stadtteil und ihre Ausrichtung am lokalen Bedarf⁴⁷.

Als wesentlich für den Erfolg von Maßnahmen und Projekten zur Stärkung und Weiterentwicklung lokaler Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen zeigt sich die *Initiierung und Unterstützung von lokalen Netzwerken und Kooperationen*, z.B. aus Betrieben, Schulen, Wohnungsunternehmen und Beschäftigungsträgern im Stadtteil, aus den Bereichen der Wirtschafts- und Stadtteilentwicklung sowie aus der Arbeits- und Sozialverwaltung: So fördert der vielfach zu beobachtende Aufbau von Interessenvertretungen der Gewerbetreibenden in den Stadtteilen den Austausch von Erfahrungen und die gemeinsame Nutzung von Ressourcen; zunehmend werden von den im Quartier ansässigen Unternehmen gemeinsame Projekt zur Außenwerbung und zur Verbesserung des Stadtteilimages initiiert und umgesetzt⁴⁸. Die Zusammenarbeit von Schule und Trägern berufsvorbereitender und -begleitender Maßnahmen ermöglicht häufig Jugendlichen ohne Schulabschluss erst den Weg

45 Anke Gorres, Wie können Existenzgründungsförderungen und Bestandspflege von Unternehmen Arbeitsplätze schaffen und die Lebensqualität in Stadtteilen verbessern? Das Beispiel Duisburg-Marxloh, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Lokale sozio-ökonomische Strategien in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, 1. Aufl. Dortmund 2000, S. 89 (ILS Schriften, Bd. 168).

46 Vgl. dazu z.B. folgende Projekte in den Modellgebieten: Sozialladen der Armutsinitiative TuWas e.V. und Langzeitarbeitslose verkaufen Second-Hand-Ware in Flensburg – Neustadt (*Frinken/Rake/Schreck*, S. 26, 31 und 62); Carisatt-Laden in Halle – Silberhöhe (*Geiss/Kemper/Krings-Heckemeier*, S. 48 f.); Flohmarkt Flüsseviertel in Hamburg-Altona – Lurup (*Breckner und andere*, S. 138); Tauschbörse in Leinefelde – Südstadt (*Martina Buhtz, Heike Gerth, Margit Lindner und Rotraut Weeber*, Soziale Stadt Leinefelde – Südstadt, Programmbegleitung vor Ort, Endbericht, Berlin 2002, S. 58); Tauschring im Leipziger Osten (*Böhme/Franke*, Programmbegleitung, S. 30); Tafelprojekt sowie Möbel- und Kleiderbörse in Neunkirchen – Innenstadt (*Jacob und andere*, S. 42) sowie folgende Projekte in der Projektdatenbank: Café Baff – Stadtteilcafé in Darmstadt – Eberstadt/Süd; Deli-Katt-Kulturcafé in Bremen – Obervieland; quirl-vollwert-balance-Lokal in Bremen – Gröpelingen; Blocksberg – Stadtteil- und Kindercafé in Bremen – Osterholz-Tenever.

47 Vgl. Weck, Reichweite und Relevanz stadtteilbezogener sozio-ökonomischer Entwicklungsstrategien, S. 50.

48 Vgl. z.B. folgende Projekte in den Modellgebieten: Gründung des Vereins Gröpelinger Marketing e.V. (*Franke/Meyer*, S. 34 f.); Interessengemeinschaft der Gewerbetreibenden (im Aufbau) in Halle – Silberhöhe (*Geiss/Kemper/Krings-Heckemeier*, S. 45, 69); Geschäftsstraßenmanagement Anger-Crottendorf im Leipziger Osten (*Böhme/Franke*, Programmbegleitung, S. 34 f.); Initiative der Handels- und Dienstleistungsunternehmen „Untere Bahnhofstrasse“ in Neunkirchen – Innenstadt (*Jacob und andere*, S. 12); Initiierung einer Interessenvertretung der Gewerbetreibenden in Singen – Langenrain (*Krings-Heckemeier/Heckenroth/Geiss*, S. 23, 39, 42).

in die Berufstätigkeit⁴⁹. Durch Kooperationen von Wohnungswirtschaft, Arbeitsverwaltung und Beschäftigungsträgern werden zusätzliche Beschäftigungsangebote im Bereich der Renovierung und Instandhaltung wie auch der Hausbetreuung (z.B. Hausmeister, Concierges) geschaffen⁵⁰. Gemeinsame Anlauf- und Beratungsstellen von Arbeits- und Sozialverwaltung haben sich bewährt, um Transferleistungen gebündelt und an den Bedürfnissen der betroffenen Personen orientiert einzusetzen.

5.3 Zusammenleben im Stadtteil

In den Quartieren das eigenständige Stadtteilleben weiter auszubauen, den Zusammenhalt und das Miteinander der Quartiersbevölkerung zu stärken sowie ein Klima gegenseitiger Akzeptanz und Anerkennung zu schaffen, sind zentrale Anliegen des Programms Soziale Stadt. So soll erreicht werden, dass die Stadtteile schrittweise wieder als selbständige Gemeinwesen funktionieren⁵¹. Ziel des Handlungsfelds „Zusammenleben im Stadtteil“ ist es daher, die Fähigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil zur Zusammenarbeit und sozialen Vernetzung zu erhöhen. Selbsthilfe und Eigenverantwortung sowie nachbarschaftliche Kontakte und Netzwerke sollen gestärkt und damit der zunehmenden Abkopplung der Bewohnerinnen und Bewohner von gesellschaftlichen Institutionen wie Familie, Freundeskreis, Verein und Initiative entgegengewirkt werden⁵².

Nach den Ergebnissen der Befragung zählen die Stabilisierung und Stärkung des Zusammenlebens im Stadtteil offenbar zu den Kernbereichen der Programmumsetzung: In fast 60 Prozent der Gebiete werden entsprechende Maßnahmen und Projekte realisiert, und bei den für besonders wichtig gehaltenen Handlungsfeldern nimmt das „Zusammenleben im Stadtteil“ immerhin den vierten Rang ein.

Probleme und Potenziale des Zusammenlebens in den Gebieten

Konflikte im Zusammenleben wurden für knapp die Hälfte der Gebiete genannt. Während damit dieser Problembereich bei den Programmgebieten insgesamt lediglich im Mittelfeld rangiert, wird für alle Modellgebiete das Zusammenleben der unterschiedlichen sozialen und ethnischen Gruppen als eher spannungs- und konfliktreich beschrieben. Unter den benachteiligten Bedingungen in den Quartieren ist das Zusammenleben vielfach durch Unverbindlichkeit und nachbarschaftliche Konflikte geprägt: zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung, zwischen verschiedenen Ethnien, zwischen den Generationen. „Zwar gibt es hier und da funktionierende Nachbarschaften und soziale Netze, die das alltägliche Leben stabilisie-

49 Vgl. hierzu z.B. das folgende Projekt in der Datenbank: Projekt „Pro Beruf – Jugendsozialarbeit im Übergang Schule-Beruf“ in Hannover – Vahrenheide.

50 Vgl. in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Fachgespräch „Wirtschaften im Quartier“ die Beiträge von Kraemer, S. 41–52; Pfitzenreuter, S. 79–99 und Dieter Ruhnke, Zur Rolle der Wohnungsunternehmen im Rahmen der integrierten Stadterneuerung. Förderung der Beschäftigung im Stadtteil, S. 113–118 sowie das folgende Projekt in der Datenbank: Modellprojekt Concierge in Berlin-Spandau.

51 ARGEBAU, S. 6 f., siehe Anhang 9.

52 Christa Böhme und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Zusammenleben in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf, in: Soziale Stadt *info*, Nr. 8 (2002), S. 5.

ren helfen. Doch schließen sich im Allgemeinen die verschiedenen sozialen und ethnischen Gruppen gegeneinander ab – auch bei den Kindern und Jugendlichen“⁵³:

- Zwischen den deutschen Bewohnerinnen und Bewohnern und der Quartiersbevölkerung mit Migrationshintergrund erschweren sprachliche und kulturelle Differenzen die Verständigung in den meisten Modellgebieten erheblich. In Einzelfällen – wie für Bremen – Gröpelingen – wird über die Entwicklung von Parallelgesellschaften berichtet: „Türkische Lebensmittelgeschäfte, Supermärkte, Anwälte, Reisebüros, Sportclubs, Schlachter, Ärzte und ein muslimischer Bestatter bieten eine Welt für sich. Niemand muss in Gröpelingen deutsch sprechen, wenn er nicht will, ein geschlossenes türkischsprachiges Milieu existiert neben dem deutschen.“⁵⁴ Von der einkommensschwachen deutschen Bevölkerung werden die Migrantinnen und Migranten häufig als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt angesehen⁵⁵. Darüber hinaus führen Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt und sozialer Neid im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Ausländer, Asylbewerber und Aussiedler bei vielen deutschen Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern zu Verunsicherung und Ablehnung. Zum Teil werden „Ausländer“ für ökonomische und soziale Krisen verantwortlich gemacht. Hinzu kommt die Infragestellung eigener Werte, Normen, bisheriger Gewohnheiten und Lebensweisen durch das Vorhandensein von „Fremden“ und damit eine Verunsicherung der eigenen Person, zumal wenn die eigene Lebenssituation als negativ empfunden und eingestuft wird. In einer Art Schutzmechanismus wird oft das „Fremde“ als nicht anerkennenswert, als minderwertig abqualifiziert und damit eine Selbstaufwertung vorgenommen.
- Spannungen im Zusammenleben von unterschiedlichen Ethnien in den Stadtteilen treten häufig zwischen Jugendlichen auf, wie z.B. im Modellgebiet Hamburg-Altona – Lurup: „Besonders heftig gestalten sich die Konflikte zwischen türkischen Jugendlichen und Spätaussiedlern. Gegenseitige Verdrängungsprozesse zwischen den einzelnen Gruppierungen und Cliques prägen das Bild – sei es an ‚Treffpunkten‘ wie Straßenecken, Spiel- und Sportplätzen oder in den Jugendtreffs. Einzelne Jugendeinrichtungen werden von einzelnen Gruppierungen bewusst gemieden.“⁵⁶
- Generationenkonflikte werden in der Regel durch das Verhalten von Jugendlichen im öffentlichen und halböffentlichen Raum hervorgerufen. Den Älteren falle es schwer, sich auf die „Nöte“ der im Quartier heranwachsenden jungen Menschen einzulassen: „Sie verstehen nicht deren umfangreichen und kollektiven Aufenthalt im öffentlichen Raum (‚Habt ihr denn kein zu Hause?’), fühlen sich durch ausgelassenes Spielen gestört, unterstellen den Jugendlichen kriminelle Absichten oder erleben entsprechende Gefährdungen und fühlen sich durch fremdartige Erscheinungsformen oder Alltagspraktiken provoziert.“⁵⁷

Der Wegzug von sozial stabileren Haushalte wirkt sich – so Erfahrungen in den Modellgebieten – negativ auf das Zusammenleben im Stadtteil aus, beispielsweise in

⁵³ Beer/Musch, „Stadtteile ...“, S. 63.

⁵⁴ Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH, Kultur vor Ort e.V. (Hrsg.), 13 x Gröpelingen. Streifzüge durch einen Stadtteil im Aufbruch, Bremen 2000, zitiert nach Franke/Meyer, S. 18.

⁵⁵ Vgl. unter anderem Frinken/Rake/Schreck, S. 33.

⁵⁶ Breckner und andere, S. 46.

⁵⁷ Ebenda.

Leinefelde – Südstadt sowie Singen – Langenrain: „Mit dem Wegzug vieler Familien lösten sich vormals stabile nachbarschaftliche Gemeinschaften auf, ein Verlust, den viele Bewohnerinnen und Bewohner sehr beklagen.“⁵⁸ „Insgesamt hat sich mit dem Wegzug der ‚alteingesessenen‘ Bewohner(-Familien) das nachbarschaftliche Leben verschlechtert. Der Langenrain hat sich zu einem Wohnquartier voll innerer Spannungen und auch Aggressionen entwickelt.“⁵⁹ Auch hohe Fluktuation und kurze Wohndauer in den Gebieten beeinflussen das Zusammenleben im Quartier negativ, wie beispielsweise in Neunkirchen – Innenstadt: „Eine geringe Wohndauer deutet vor allem auf eine geringe Bindung an den Stadtteil hin. Dies wirkt sich insbesondere auf das Gemeinschaftsleben aus, da kaum gewachsene Lebenswelten bestehen.“⁶⁰

Viele PvO-Teams beschreiben die im Quartier wohnenden und arbeitenden Menschen als ein wesentliches Potenzial für das Handlungsfeld „Zusammenleben“. Insbesondere wird die – oft viel zu wenig gewürdigte – Integrationsleistung der Gebiete für die Gesamtstadt hervorgehoben⁶¹. Für die Modellgebiete in den neuen Bundesländern werden – soweit es sich um Plattenbausiedlungen handelt – als ein weiteres Potenzial die teilweise noch funktionierenden nachbarschaftlichen Netze identifiziert, die sich zu DDR-Zeiten, insbesondere in den Anfangsjahren der Großsiedlungen, gebildet haben und noch heute häufig das Zusammenleben im Stadtteil stützen: „Wie auch in vielen anderen Plattenbaugebieten waren und sind es aber vor allem die langjährigen Bewohnerinnen und Bewohner, die das soziale Rückgrat der Südstadt bilden. Sie engagieren sich in vielfältiger Form, bereichern und stabilisieren das soziale Zusammenleben.“⁶² Allerdings ist vielfach eine Tendenz zur Verschlechterung des nachbarschaftlichen Verhältnisses aufgrund der zahlreichen Fortzüge und des damit verbundenen Mieterwechsels und Leerstands in den letzten Jahren zu beobachten⁶³. Für die Modellgebiete der alten Bundesländer werden die vielen im Quartier wohnenden Nationalitäten von den PvO-Teams „als Chance für ein multikulturelles Zusammenleben im Sinne urbaner Lebensformen“⁶⁴ angesehen. Vielfach bestehen innerhalb der verschiedenen Ethnien soziale und verwandtschaftliche (Selbsthilfe-)Netze, die den Migrantinnen und Migranten ein Gefühl von Heimat vermitteln und deren Bindung an den Stadtteil stärken.

Stadtteilbezogene Strategien zur Stabilisierung und Stärkung des Zusammenlebens

Die Erfahrungen in den Modellgebieten und die Projekte in der Soziale-Stadt-Datenbank zeigen, dass insbesondere mit dem Angebot von Begegnungsmöglichkeiten, durch Sprachförderung, durch Konfliktmanagement und Präventionsarbeit sowie durch Stabilisierung und den Aufbau nachbarschaftlicher und sozialer Netzwerke versucht wird, das Zusammenleben in den Gebieten zu stärken⁶⁵.

⁵⁸ Buhtz und andere, S. 30.

⁵⁹ Krings-Heckemeier/Heckenroth/Geiss, S. 17 f.

⁶⁰ Jacob und andere, S. 19.

⁶¹ Frinken/Rake/Schreck, S. 33.

⁶² Buhtz und andere, S. 31.

⁶³ Knorr-Siedow/Jahnke/Trostorff, S. 21; Cramer/Schuleri-Hartje, S. 22.

⁶⁴ Delia Schröder und Manfred Werth, Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf. Ludwigshafen-Westend. Abschlussbericht der Programmbegleitung vor Ort, 2002, S. 27.

⁶⁵ Vgl. hierzu und zum Folgenden auch: Böhme/Schuleri-Hartje, Zusammenleben.

Begegnung und Austausch, gefördert durch *Angebote von Begegnungsmöglichkeiten*, können – über differenzierende Lebensentwürfe und Wertvorstellungen hinweg – dazu beitragen, Verständnis füreinander zu wecken, Konflikte abzubauen und im gegenseitigen Interesse zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten. Neben punktuellen Möglichkeiten der Begegnung wie Stadtteilsten, Theater- und Musikveranstaltungen⁶⁶ werden in vielen Gebieten auf Dauer angelegte Treffpunkt- und Kommunikationsmöglichkeiten eingerichtet: Gemeinschafts- und Mehrzweckräume in Mietshäusern, Nachbarschaftstreffs und -häuser – teils mit Beratungsangeboten –, (Frauen-)Stadtteilcafés, Begegnungsstätten⁶⁷. In einigen Gebieten ist es gelungen, hierfür Räume von Kinderbetreuungseinrichtungen und in noch stärkerem Maße von Schulen zu nutzen⁶⁸, da sich vor allem Letztere zunehmend als kulturelle Zentren und Begegnungsstätten im Stadtteil verstehen.

Viele Angebote sind interkulturell ausgerichtet⁶⁹. Mit ihnen sollen die Kommunikation und Begegnung zwischen den ethnischen Gruppen im Stadtteil gefördert werden, beispielsweise durch Interkulturelle Begegnungsstätten und -zentren, die häufig auch Beratungs- und Unterstützungsleistungen bis hin zur Initiierung und Begleitung von Selbsthilfegruppen sowie spezielle Projekte für Mädchen anbieten⁷⁰. Letztere eröffnen vielen jungen Migrantinnen oft überhaupt erst die Chance, unter sich zu sein und sich unbeobachtet, ohne Kontrolle von Eltern, älteren Brüdern oder Geschwistern zu treffen und Erfahrungen auszutauschen. Vor dem Hintergrund von Vorurteilen und Stereotypen bezüglich anderer Kulturen und Religionen zielt ein Teil der interkulturell angelegten Projekte (z.B. religionsübergreifende Gesprächsgruppen, Partnerschaften zwischen religiösen Gemeinden oder internationale Begegnungsseminare) darauf ab, zu einem offeneren und toleranteren gesellschaftlichen Umgang zwischen unterschiedlichen Kulturen und Religionen als einer Voraussetzung für ein konfliktarmes Zusammenleben im Stadtteil beizutragen⁷¹.

66 Vgl. hierzu die zahlreichen Stadtteilsten und kulturellen Veranstaltungen in den Modellgebieten sowie das folgende Projekt in der Datenbank: Stadtteilsten „MITEINANDER“ in Rosenheim – Lessingstraße/Pfaffenhofener Straße.

67 Vgl. hierzu z.B. den Nachbarschaftstreff im Modellgebiet Schwerin – Neu Zippendorf (*Cramer/Schuleri-Hartje*, S. 32 f.) sowie folgende Projekte in der Projektdatenbank: Stadtteil- und Familienzentrum in Offenburg – Stegermatt; Senioren-Kaffee-Nachmittag in Rosenheim – Lessingstraße/Pfaffenhofener Straße; Begegnungsstätte Kinderhaus „Wi-Wa-Wunderland“ in Eisenhüttenstadt – 7. Wohnkomplex Süd; Bürgerhaus am Georg-Dreke-Ring in Prenzlau – Igelpfuhl; Café BAFF in Darmstadt – Eberstadt/Süd.

68 Vgl. für Kinderbetreuungseinrichtungen z.B. das Projekt „Öffnung von Tageseinrichtungen für Kinder“ im Modellgebiet Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord (*Austermann/Ruiz/Sauter*, S. 29 und 42) sowie für Schulen das folgende Projekt in der Datenbank: Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck in Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord.

69 Dabei ist die interkulturelle Ausrichtung häufig nicht auf den Adressatenkreis und die Zielsetzung dieser Angebote beschränkt, sondern schließt auch die Beschäftigung ethnischen Personals mit ein.

70 Vgl. hierzu z.B. das Migrantenzentrum im Modellgebiet Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord (*Austermann/Ruiz/Sauter*, S. 34) sowie folgende Projekte in der Projektdatenbank: MIKELE: Miteinander-Inter-Kulturelle-Elternbildung-Ludwigsburg-Eglosheim in Ludwigsburg – Eglosheim II; Bayouma-Haus in Berlin-Friedrichshain – Boxhagener Platz; Interkulturelles Kontaktbüro in Leipzig – Leipziger Osten.

71 Vgl. hierzu z.B. den Islamisch-Evangelischen Gesprächskreis im Modellgebiet Flensburg – Neustadt (*Frinken/Rake/Schreck*, S. 33) sowie folgende Projekte in der Projektdatenbank: Cay-Saati im Bürgertreff in Rosenheim – Lessingstraße/Pfaffenhofener Straße; Südstadtladen – Integration im Stadtteil in Nürnberg – Südstadt; Interkulturelle Frauengruppen in Berlin-Schöneberg – Schöneberger Norden; „Verstehen lernen“ in Duisburg – Marxloh.

Generationsübergreifend angelegte Begegnungsmöglichkeiten bilden bisher noch die Ausnahme, obwohl sie angesichts der Konflikte zwischen Jung und Alt für ein verbessertes Zusammenleben im Stadtteil sehr wichtig sind. Neben institutionalisierten Angeboten für Begegnung und Kommunikation werden in vielen Programmgebieten informelle Treffpunkte – insbesondere für Jugendliche – geschaffen: beispielsweise Skateranlagen, Streetballplätze und so genannte Lungerplätze (Schutzhütten, Unterstände, Aufenthaltscontainer usw.)⁷².

Ein wesentliches Hindernis für die interkulturelle Verständigung und damit für ein kooperatives Zusammenleben im Stadtteil stellen Sprachprobleme von Migrantinnen und Migranten dar. Hier spielen „niedrigschwellige“ Angebote zur *Sprachförderung*, zur Vermittlung von Sprachkompetenz eine wichtige Rolle, vor allem solche, die sich anders als die herkömmlichen Angebote der Volkshoch- und Sprachschulen stärker an der Lebenswelt der Zugewanderten orientieren⁷³.

Auseinandersetzungen unter der Mieterschaft sowie Konflikte zwischen Kindern und Jugendlichen können in den benachteiligten Stadtteilen häufig nicht ohne fremde Hilfe gelöst werden. Hier übernehmen Schlichtungsstellen und „Konfliktlöser“ die Aufgabe des *Konfliktmanagements*⁷⁴. Häufig werden zu diesem Zweck Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils in Konfliktmoderation qualifiziert. Auch an vielen Schulen in benachteiligten Stadtteilen werden Schülerinnen und Schüler zu „Schlichtern“ oder „Konfliktlotsen“ ausgebildet, um – soweit möglich – Gewalthandlungen bereits im Vorfeld zu unterbinden⁷⁵. Ein weiteres wichtiges Mittel zur Bewältigung von Konflikten bei gewaltbereiten Jugendlichen, aber auch zur Stärkung ihres Selbstwertgefühls sind Sportangebote⁷⁶. Beim Sport können Jugendliche wichtige soziale Fähigkeiten wie Fairness und Teamgeist, Eigeninitiative und Übernahme von Verantwortung erwerben und das Miteinander üben.

Konfliktschlichtung und -bewältigung sind ein wichtiger Baustein stadtteilbezogener *Präventionsarbeit*. Konzepte zur Präventionsarbeit bilden die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen gegen die vielfältigen und komplexen Ursachen von Gewalt und Kriminalität. Da Präventionsarbeit nicht nur von einzelnen Institutionen wie Polizei, Justiz, Schulen, Jugendhilfe oder Sozialverwaltungen geleistet werden kann, sondern

72 Vgl. z.B. *Beer/Musch*, „Stadtteile ...“, S. 91; *Geiss/Kemper/Krings-Heckemeier*, S. 44; *Breckner und andere*, S. 140, 146 und 155; *Krings-Heckemeier/Heckenroth/Geiss*, S. 39.

73 Vgl. hierzu z.B. das folgende Projekt in der Datenbank: Deutschkurs für Frauen in Rosenheim – Lessingstraße/Pfaffenhofener Straße.

74 Vgl. hierzu z.B. das Modellprojekt „Integrative Konfliktregelung durch Gemeinschaftskonferenzen“ im Modellgebiet Hamburg-Altona – Lurup (*Breckner und andere*, S. 64), die folgenden Projekte in der Projektdatenbank: KOM – Kommunikation im Kiez in Berlin-Kreuzberg – Neues Kreuzberger Zentrum/Wassertorplatz; Schlichten in Nachbarschaften in Bremen-Blumenthal – Lüssum-Bockhorn; Nachbarschaftskonfliktvermittlung in Frankfurt am Main-Goldstein – Wohnsiedlung Im Heisenrath/Am Kiesberg; Interkulturelle Nachbarschaften in Hannover – Mittelfeld; Konfliktvermittlung in Dortmund – Nordstadt; Mülheimer Dialog in Köln – Mülheim sowie die zahlreichen Beispiele in: *Stadt Dortmund, Stadtplanungsamt, Stadterneuerung, Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie und Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)*, Konfliktmanagement in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund 2002.

75 Vgl. hierzu z.B. das „Schüler-Schlichter-Modell“ im Modellgebiet Leipziger Osten (*Böhme/Franke*, Programmbegleitung, S. 41).

76 In Nordrhein-Westfalen wurde das Landesprogramm „Werkstatt Sport“ als Folgeprogramm von „Jugend mit Zukunft ins nächste Jahrtausend – Bewegung, Spiel und Sport mit Mädchen und Jungen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (1997 bis 2000) aufgelegt, außerdem läuft seit nunmehr über zehn Jahren das Bundesprogramm „Sport mit Aussiedlern“ (jetzt: „Integration durch Sport“).

Praxisbeispiel

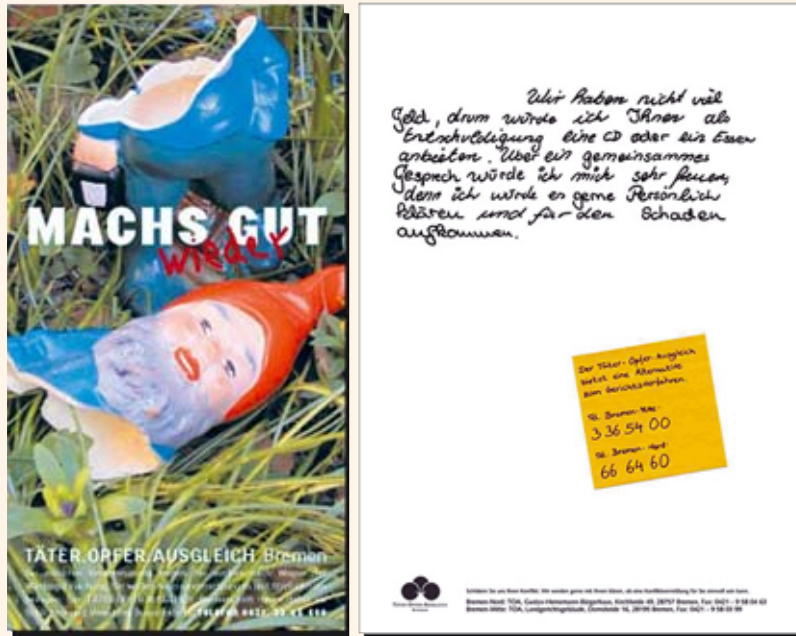


Abbildung 41/42

Schlichten in Nachbarschaften

Das Projekt „Schlichten in Nachbarschaften“ gibt es in mehreren bremischen Soziale-Stadt-Gebieten. Träger ist der Täter-Opfer-Ausgleich e.V., dessen Schlichtungsbemühungen einerseits eine soziale Befriedigung zwischen Konfliktbeteiligten zum Ziel haben, wenigstens aber eine Konflikt-Deeskalation. Andererseits sollen formelle Akte strafjustizieller Reaktion und sozialer Kontrolle zugunsten von sozialem Ausgleich und Integration zurückgedrängt werden. Das Projekt fungiert als „niedrigschwellige“ Anlaufstelle für alle, die sich als Opfer oder Verursacher eines Konflikts fühlen. In dem Projekt sind eine Vielzahl von Kooperationspartnern sowie in hohem Maße ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagiert.

Plakate zum Täter-Opfer-Ausgleich, Bremen, (Entwurf Tizian Bauer [links], Stefanie Schau [rechts])

einer breiten gesellschaftlichen Basis bedarf, unter anderem auch freie Träger, Vereine und Eltern mit einbezieht, sind in vielen Kommunen interdisziplinäre Präventionsräte eingerichtet worden⁷⁷. Häufig sind diese auch in die Stadtteilarbeit eingebunden. Für einige benachteiligte Stadtteile gibt es bereits umfassende Präventionskonzepte⁷⁸. Insgesamt stellen *Stabilisierung und Aufbau sozialer Netzwerke* eine wesentliche Strategie zur Intensivierung des Zusammenlebens im Stadtteil dar⁷⁹. Trotz eines zunehmenden Individualismus und sinkenden Interesses am Gemeinwohl besteht bereits in vielen Quartieren eine große Zahl sozialer Netzwerke sowohl informeller als auch formeller Art. Hierzu zählen beispielsweise Selbsthilfeinitiativen und Vereine. Für die Intensivierung und Weiterentwicklung dieser Netzwerke haben sich unter anderem Stadtteilkonferenzen, stadtteilbezogene Foren und Arbeitskreise sowie Stadtteilbüros bewährt.

77 Seit Beginn der Neunzigerjahre sind fast zweitausend kriminalpräventive Räte und Gesprächskreise in deutschen Kommunen entstanden. Sie werden zum einen von den Landespräventionsräten, zum anderen durch die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) unterstützt, das vom Bund gemeinsam mit den Ländern im Mai 2001 gegründet wurde.

78 So beispielsweise für den Stadtteil Hammer Norden, vgl. hierzu: *Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf*, S. 73.

79 Vgl. hierzu z.B. das Netzwerk „Füreinander-Miteinander“ im Modellgebiet Cottbus – Sachsendorf-Madlow (*Knorr-Siedow/Jahnke/Trostorff*, S. 38 f.); den Dachverein „Forum 2000 Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord e.V.“ im Modellgebiet Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord (*Austermann/Ruiz/Sauter*, S. 66) sowie folgendes Projekt in der Datenbank: Stadtteilunterstützungsnetzwerk (SUN) in Bamberg – Südwest.

Abbildung 43*(Foto: Sabine Tengeler, Hamburg)***Praxisbeispiel**

Luruper Forum in Hamburg-Altona – Lurup

„Im Luruper Forum sind alle willkommen, die zu einem besseren Leben in Lurup beitragen wollen – mit Fragen oder Hinweisen, guten Ideen, Bereitschaft zur Zusammenarbeit, noch ungenutzten Fähigkeiten, Aktionen oder Projekten“. So lautet der Einladungstext zum Luruper Forum, das monatlich tagt und von den Vor-Ort-Akteuren selbst organisiert wird. Im Forum kommen Akteure aus den unterschiedlichsten lokalen Einrichtungen und Initiativen sowie aus Politik und Verwaltung zusammen, hier wird gemeinsam über stadtteilbezogene Projekte und Aktivitäten sowie über Ideen für die weitere Stadtteilentwicklung beraten.

5.4 Wohnungsmodernisierung und Wohnumfeldverbesserung

Der Handlungsbereich „Wohnungsmodernisierung und Wohnumfeldverbesserung“ betrifft die „klassischen“ investiven und baulich-städtebaulichen Aktionsfelder der Städtebauförderung, deren Realisierung im Rahmen integrierter Stadtteilentwicklung aber um eine Vielzahl von sozialen, kulturellen, beteiligungs- und beschäftigungsorientierten Strategien erweitert worden ist. Neuorientierungen in Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft⁸⁰ lassen sich kennzeichnen als Schwerpunktverlagerung vom Neubau zur Wohnungsbestandssicherung und -aufwertung, Flexibilisierung von Belegungsbindungen als Möglichkeit, sozialräumliche Segregation zu verhindern, verstärkter Kunden- und Serviceorientierung. Allerdings bedeuten der weitere Abbau von Belegungsbindungen und der Rückzug aus dem sozialen Wohnungsneubau eine deutliche Reduzierung des Angebots an verfügbarem Wohnraum für Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen, die sich ohne Unterstützung am Wohnungsmarkt nicht selbst versorgen können.

⁸⁰ Vgl. *Wüstenrot Stiftung (Hrsg.), Nutzungswandel und städtebauliche Steuerung*, Opladen 2003, S. 56 ff.

Verbesserungen des Wohnumfelds und im öffentlichen Raum spielen nicht nur als Handlungsfeld, das in die Integrierten Handlungskonzepte einbezogen ist, sondern auch bei den Zielen und konkreten Maßnahmen der Programmumsetzung die Hauptrolle. Nach den Umfrageergebnissen rangiert das Handlungsfeld jeweils auf Platz 1 mit Angaben für mehr als 80 Prozent der Programmgebiete.

Wohnungs- und wohnumfeldbezogene Probleme und Potenziale

Die Wohnungswirtschaft ist in den Programmgebieten der Sozialen Stadt mit einer Vielzahl von neuen Aufgaben konfrontiert, die sich aus verschiedenen Problemen ergeben: Vermietungsschwierigkeiten, höhere Fluktuation, soziales Gefüge der Mieterschaft im unteren Einkommensniveau, Mietzahlungsrückstände, vernachlässigtes Wohnumfeld, Wohnungsleerstände und daraus resultierender Mangel an sozialer Kontrolle, Negativimage des Gebiets usw. Außerdem spielen veränderte Anforderungen an Wohnung und Wohnumfeld für die Erweiterung der Aufgabenstruktur eine wichtige Rolle, beispielsweise wachsende Nachfrage nach Dienstleistungen (z.B. betreutes Wohnen) und zusätzlichen Raumangeboten (Werkstatträume, Partykeller, Gästewohnungen usw.).

Die Befragungsergebnisse zu Problemen und Potenzialen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt bestätigen die große Bedeutung des Handlungsfelds „Wohnungsmodernisierung und Wohnumfeldverbesserung“ auch für die integrierte Stadtteilentwicklung. Defizite im Wohnumfeld wurden für 88 Prozent der Gebiete als Problem angegeben; sie nehmen damit den ersten Rang ein. Der Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf von Wohnungen und Wohngebäuden steht mit Nennungen für 87 Prozent der Programmgebiete als Problem an zweiter Stelle aller 21 Handlungsfelder. Diese Zahlen dokumentieren einen großen Handlungsbedarf in den Gebieten.

Gleichzeitig werden im Wohnungsbestand und den Wohnumfeldarealen die größten Entwicklungspotenziale gesehen: Wohnungsbestand als Potenzial (genannt für 72 Prozent der Programmgebiete) und das Wohnumfeld mit seinen Verbesserungsmöglichkeiten (64 Prozent) nehmen bei den Nennungen von Potenzialen die vordersten Ränge ein. Darüber hinaus wird für 62 Prozent der Gebiete die Lage des Stadtteils als Potenzial benannt. Diese Lagegunst wird mit der Nähe zur offenen Landschaft, der Lage an Flüssen, Seen oder am Wald begründet, aber auch mit Innenstadtnähe oder einer guten Erreichbarkeit des Zentrums. Für die Modellgebiete Schwerin – Neu Zippendorf und Bremen – Gröpelingen wird die Landschaftsorientierung als besonderes Potenzial beschrieben, für die Flensburger Neustadt wird betont, dass trotz (städte-)baulichen, verkehrlichen und sozialen Defiziten der Stadtteil „nach wie vor die Vorteile eines innenstadtnahen, ‚urbanen‘ Wohnstandortes mit guter Anbindung an die Gesamtstadt und einem reichhaltigen Nahversorgungsangebot“ bietet⁸¹. An vierter Position stehen bei den Potenzialen die verfügbaren Flächen (für 58 Prozent der Gebiete). Auch in den Modellgebieten werden Flächenpotenziale und Umnutzungschancen – insbesondere für gemischt genutzte und gewerblich-industriell geprägte Gebiete – thematisiert, z.B. für Kassel – Nord-

⁸¹ Frinken/Rake/Schreck, S. 30.

stadt: „Die großflächigen Freiflächen und Brachen bilden ein wichtiges Potenzial für die Verbesserung der Situation“⁸² sowie für Flensburg – Neustadt: „Die brachliegenden Flächen sind ebenso wie die leer stehenden Gebäude nicht einseitig als Belastung, sondern auch als Chance für die künftige Entwicklung anzusehen, bieten sie doch die Gelegenheit für neuartige, zukunftsfähige Nutzungen.“⁸³

Stadtteilbezogene Strategien

Zunehmend bemühen sich Wohnungsunternehmen um ein integriertes Vorgehen auf Basis von umfassenden Konzepten⁸⁴. Dies wird durch die im neuen Gesetz zur Sozialen Wohnraumförderung vorgeschriebene Erarbeitung von Kommunalen Wohnraumentwicklungskonzepten gestützt. Selbstverständnis und Rolle der Wohnungswirtschaft wandeln sich von der reinen Bestandsverwaltung zum Akteur des Stadtentwicklungsprozesses: „Es reicht ... nicht aus, nur ‚flankierend‘ soziale Dienstleistungen und Gemeinwesenarbeit zu organisieren. Die Wohnungsunternehmen müssen selbst eine aktive, initiierte Rolle einnehmen. Dabei geht es – auch – um die Einleitung und Förderung von ganzheitlichen Prozessen der Wohngebiets- und Stadtteilentwicklung.“⁸⁵

Mit Maßnahmen und Projekten im Handlungsbereich „Wohnungsmodernisierung und Wohnumfeldverbesserung“ werden Aufwertungs-, soziale Stabilisierungs- und Integrationsstrategien verfolgt: Aufwertung durch Modernisierung und Standardanhebung der Wohnungen sowie Qualifizierung von Freiräumen, soziale Stabilisierung durch Beteiligung der Mieterschaft an Umgestaltungsmaßnahmen, Verbesserung des Mieter-/Vermieter-Verhältnisses, Belegungsmanagement und Wohnungsprivatisierung, Integration durch kombinierte Strategien der Wohnungs- und Wohnumfeldverbesserung mit Qualifizierung und Beschäftigung sowie durch Erweiterungen des Serviceangebots. Der Umgang mit den öffentlichen Räumen gewinnt in den Quartieren an Aufmerksamkeit.

Bei den *Bau- und Modernisierungsstrategien*⁸⁶ werden zunehmend Kriterien der Sozialverträglichkeit (vor allem Auswirkungen auf die Mieten, Beeinträchtigungen durch die baulichen Maßnahmen) berücksichtigt. Bewohnerschaft und andere

⁸² Mussel/Kreisl, S. 20.

⁸³ Frinken/Rake/Schreck, S. 36.

⁸⁴ Willi Hoppenstedt, Das Wohnungsunternehmen als Partner für eine soziale Stadt, in: vhw Forum Wohneigentum, H. 2 (2001), S. 93–96.

⁸⁵ Gottfried Eich, Von der Nachbesserung zur integrierten Stadtteilentwicklung – Erfahrungen und Anforderungen an ein Kooperatives Sozialmanagement am Beispiel der Großwohnsiedlung Kirchdorf-Süd, in: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. (Hrsg.), Soziale Wohngebietsentwicklung als Strategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung – Beiträge der Wohnungswirtschaft, Dokumentation der Tagung vom 22. Oktober 1998 im Leibnizhaus Hannover, Hannover 1998, S. 31.

⁸⁶ Vgl. z.B. in den Modellgebieten das Förderprogramm Kommunale Mietermodernisierung in Cottbus – Sachsendorf-Madlow (Knorr-Siedow/Jahnke/Trostorf, S. 51); den Umbau mit Wohnungszusammenlegung in Ludwigshafen – Westend (Delia Schröder und Manfred Werth, Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf. Ludwigshafen – Westend. Abschlussbericht der Programmbegleitung vor Ort, o.O. [Saarbrücken] 2002, S. 92); die behutsame Modernisierung von Wohngebäuden in Singen – Langenrain (Krings-Heckemeier/Heckenroth/Geiss, S. 29) sowie folgende Projekte in der Projektdatenbank: Balkonprogramm in Ludwigshafen – Westend; Sanierungsergänzungsprogramm in Fürth – Westliche Innenstadt; Entwicklungspartnerschaft Hochlarmark 2000+ in Recklinghausen – Hochlarmark.

lokale Akteure werden in die Planung und Umsetzung einbezogen (z. B. über Mieterbeiräte, Mieterversammlungen, Stadtteilkonferenzen, vor allem aber direkte Ansprache und Beratung).

Praxisbeispiel



Abbildung 44/45



Ein Platz für Marie in Berlin-Prenzlauer Berg – Sanierungsgebiet Winsstraße

Die Projektidee einer „grünen“ Zwischennutzung auf einer Brachfläche in der Marienburger Straße entstand auf Initiative der Betroffenenvertretung Winsstraße. Ursprünglich war hier der Neubau einer Feuerwache und einer Polizeistation geplant. Als die Baumaßnahme vom Berliner Senat aufgrund von Finanzierungsproblemen auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, bot sich die Möglichkeit einer auf zehn Jahre befristeten Zwischennutzung mit Option auf Verlängerung. Die Betroffenenvertretung machte das Projekt zwei Jahre lang zum zentralen Thema ihrer Arbeit (Planungs-Workshop auf dem Platz, Plakataktionen, Infostände, direkte Ansprache in den Schulen). In der erstaunlich kurzen Planungs- und Bauzeit von zwei Jahren wurde das Projekt mit Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern im Mai 1999 fertig gestellt. Der „Platz für Marie“ wurde im Rahmen des Wettbewerbs „Preis Soziale Stadt 2000“ ausgezeichnet.

(Foto links: Wolf-Christian Strauss, Berlin; Foto rechts: S.T.E.R.N., Berlin)

Daneben spielt die Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualitäten im Quartier durch *Aufwertung des Wohnumfelds* eine bedeutende Rolle⁸⁷: „Damit sollen die Attraktivität und die Wohnzufriedenheit im Quartier gesteigert und die Vorausset-

⁸⁷ Vgl. z.B. in den Modellgebieten den Japanischen Garten sowie die Außenanlagen des neuen Jugendzentrums in Leinefelde – Südstadt (Buhtz und andere, S. 43 und S. 48); die Schulhofumgestaltung mit Kinderkonferenz in Ludwigshafen – Westend (Schröder/Werth, S. 89 und S. 94); den Umbau Berliner Platz in Schwerin – Neu Zippendorf (Cramer/Schuleri-Hartje, S. 36); das Projekt Barrierefreie Stadt und die Um- und Neugestaltung des Wohnumfeldes sowie ein Bocciafeld im Selbstbau in Leinefelde – Südstadt (Buhtz und andere, S. 40, 44 und 51) sowie folgende Projekte in der Projektdatenbank: Ein Platz für Marie in Berlin-Pankow – Sanierungsgebiet Winsstraße; Höfe 99 in Neumünster – Vicelinviertel; Huchtinger Greenteam in Bremen – Huchting Sodenmatt/Kirchhuchting; Umgestaltung des Außengeländes der Wilhelm-Hauff-Grundschule in Darmstadt – Eberstadt/Süd; Solidarische Nachbarschaft und Wohnumfeldverbesserung in Dortmund – Hannibal; Selbsthilfeprojekt Lebens- und Wohnumfeldverbesserung in Frankfurt am Main-Griesheim – Ahornstraße; Programm zur Wohnumfeldverbesserung in Ahlen – Süd-Ost.

zungen dafür geschaffen werden, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner in ihrer Umgebung wohl fühlen und das Wohnumfeld als Ort der nachbarschaftlichen Begegnung und Kommunikation nutzen. Im Zentrum dieses Handlungsfelds steht ebenso die Stärkung des Sicherheitsgefühls insbesondere von Frauen und älteren Menschen durch den Abbau von ‚Angstzonen‘ im öffentlichen Raum.“⁸⁸ Hierzu wird eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten eingesetzt: z.B. Neu- und Umgestaltung von Plätzen, Kinderspielplätzen und Schulhöfen, Straßenräumen, Grün- und Freiflächen, Hofbegrünungen, Anlage und Neugestaltung von Vorgärten und Mietergärten. Derartige Maßnahmen sind im Rahmen von Stadterneuerung keineswegs neu; die neuen Akzentuierungen und Qualitäten bestehen jedoch in der verstärkten Verknüpfung mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie in differenzierten Ansätzen der Bewohneraktivierung und Beteiligung.

Für die Wohnungswirtschaft gewinnen *Strategien zur Sozialen Stabilisierung* in den Stadtteilen kontinuierlich an Bedeutung. Hierzu zählen Maßnahmen zur Beteiligung und Aktivierung der Mieterschaft hinsichtlich Neu- und Umgestaltungsprozessen⁸⁹. Mit Konzepten eines integrierten Belegungsmanagements wird versucht, einer einseitigen Belegung entgegenzuwirken; durch eine stärkere Mischung von Haushaltstypen, Wohnformen sowie Miet- und Eigentumsverhältnissen sollen tragfähige Sozialstrukturen geschaffen werden⁹⁰.

Außerdem gewinnen *Wohnungsprivatisierung und Genossenschaftsmodelle*⁹¹ an Bedeutung, z.B. im Modellgebiet Hannover – Vahrenheide-Ost: „Der Versuch, die Monostruktur der alles dominierenden Wohnungsgesellschaft GBH aufzubrechen, geschieht auf zwei Wegen: über Eigentumsbildung ... und über genossenschaftliche Wohnprojekte (VASA). Beide Strategien sollen die lokale Bindung der Bewohner erhöhen und eine positive Identifizierung mit dem Stadtteil fördern. Vor allem viele Migrantenfamilien sind am Erwerb von Eigentum im Stadtteil interessiert.“⁹² Ergebnis einer aktuellen Untersuchung ist, dass Bestandsprivatisierung – vorausgesetzt, es werden „behutsame Verfahren“ (Vorrang des Verkaufs an Mieter und Selbstnutzer, Schutz der Bestandsmieter vor Kündigung) eingesetzt – einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen und zur Atmosphäre im Quartier leistet: „Eine Mischung von Mietern und Eigentümern in

⁸⁸ *Böhme*, Zentrale Handlungsfelder, S. 138.

⁸⁹ Vgl. in den Modellgebieten z.B. das Projekt IBA-Stadtpfad in Cottbus – Sachsendorf-Madlow (*Knorr-Siedow/Jahnke/Trostorf*, S. 39); die Spielraumanalyse Nord mit Kindern in Flensburg – Neustadt (*Frinken/Rake*, Flensburg – Neustadt, in: Deutsches Institut für Urbanistik [Hrsg.], *Die Soziale Stadt*, S. 103) sowie folgende Projekte in der Projektdatenbank: Bürgergutachten zur Aufwertung des Gottesauer Platzes in Karlsruhe – Oststadt/West; Baumscheibenpatenschaften in Fürth – Westliche Innenstadt; Soziale Stabilisierung der Frankschen Laubengangsiedlung in Hamburg – Nord-Dulsberg; Selbsthilfeprojekt Lebens- und Wohnumfeldverbesserung in Frankfurt am Main – Griesheim; Schniewind'scher Park in Wuppertal – Ostersbaum; Zukunftswerkstatt für Frauen in Neumünster – Vicelinviertel; Bürgerverein Satellitenviertel e.V. in Düren – Ost.

⁹⁰ Vgl. z.B. in den Modellgebieten die Aufhebung Belegungsbindung/Freistellung Fehlbelegungsabgabe in Hannover – Vahrenheide (*Geiling und andere*, Begleitende Dokumentation, S. 104 f.); das Sensible Belegungsmanagement in Singen – Langenrain (*Krings-Heckemeier/Heckenroth/Geiss*, S. 30).

⁹¹ Vgl. z.B. in den Modellgebieten den Erwerb selbstgenutzten Wohnraums in Hannover – Vahrenheide (*Geiling und andere*, Begleitende Dokumentation, S. 105); die Privatisierung im Bestand und Angebote an kostengünstigen Eigenheimen im Modellgebiet Singen – Langenrain (*Krings-Heckemeier/Heckenroth/Geiss*, S. 31) sowie die Quartiersgenossenschaft im Modellgebiet Leipzig – Leipziger Osten (*Böhme/Franke*, Programmbegeleitung, S. 37 f.).

⁹² *Geiling und andere*, Begleitende Dokumentation, S. 84 f.

Praxisbeispiel

Abbildung 46–49



Integrative Sanierung – Entwicklung des Kasernengeländes „Am Beutelweg“ in Trier durch genossenschaftliches Handeln

Die Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg, vor zehn Jahren von Bewohnern und Sozialarbeitern gegründet, hat sich zur Aufgabe gemacht, die maroden Wohnverhältnisse im Stadtteil Trier-Nord zu beseitigen und dies mit Maßnahmen zur Integration der erwerbslosen Bevölkerung in den Arbeitsmarkt zu verknüpfen. Das Konzept der „Integrativen Sanierung“ beruht auf den drei Säulen „Wohnen, Arbeit und Teilhabe/Selbsthilfe“, die in jedem Projekt der Genossenschaft konsequent miteinander verbunden werden. Systematisch erweitert sich die Genossenschaft durch Ankauf und Sanierung weiterer Liegenschaften sowie durch die Ausgründung marktwirtschaftlich orientierter Tochtergesellschaften wie der „Haus-Verwaltungs- und Sanierungs-GmbH“, die Langzeitarbeitslose des Quartiers in feste Arbeitsverhältnisse übernommen und knapp 70 Arbeitsplätze geschaffen haben. Die Arbeit der Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg wird unterstützt durch die stadtteilbezogene Sozial- und Kulturarbeit des Bürgerhauses Trier-Nord, aus deren Arbeit heraus die Wohnungsgenossenschaft entstanden ist. Das Bürgerhaus ist Träger verschiedener sozialer Einrichtungen (Familienberatung, Kindertagesstätte, Qualifizierungsmaßnahmen, Projekte zur Arbeitsintegration) und bietet Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs für unterschiedliche Zielgruppen (Kinder- und Jugendarbeit, Seniorenarbeit). Das Projekt erhielt im Rahmen des Wettbewerbs „Preis Soziale Stadt 2000“ eine Anerkennung.

(Foto oben links: Trierischer Volksfreund; Foto oben rechts: Maria Ohlig, Trier; Foto unten links: Gerhard Steinle, Trier; Foto unten rechts: Christiane Hamm, Trier)

überschaubaren Wohnanlagen kann am ehesten positive Synergieeffekte innerhalb der Nachbarschaften auslösen, wenn die sozialen Unterschiede zwischen den Bewohnergruppen nicht zu groß und die Lebensstile ähnlich sind.“⁹³

Darüber hinaus gewinnt die Kopplung von Maßnahmen der Wohnungsversorgung mit *Serviceleistungen an Bedeutung* (z.B. Einrichtung von Pfortner-, Concierge-Diensten, Einsatz von „Müll-Beauftragten“, Beratungsleistungen vor Ort, Einsatz von Sozialarbeitern, Angebot neuer Serviceformen „Wohnen plus“⁹⁴, Bereitstellung von Räumen bis hin zu Wohnungen für verschiedene Aktivitäten, engagierte und gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der örtlichen Sicherheit, Organisation von Nachbarschaftshilfe, Umzugsmanagement, Stadteinfeste)⁹⁵.

5.5 Schule und Bildung im Stadtteil

Die Bildungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien sind erheblich eingeschränkt. Dies haben nicht nur die Ergebnisse im Rahmen der so genannten PISA-Studie offenbart, sondern auch eine im Februar 2003 von der Arbeiterwohlfahrt veröffentlichte Untersuchung „Armut im frühen Grundschulalter“⁹⁶. Dabei ist Bildung ein „umfassender Prozess der Entwicklung und Entfaltung derjenigen Fähigkeiten, die Menschen in die Lage versetzen, zu lernen, Leistungspotenziale zu entwickeln, zu handeln, Probleme zu lösen und Beziehungen zu gestalten“⁹⁷. Junge Menschen in diesem Sinn zu bilden, ist nicht allein Aufgabe der Schule; erfolgreiche Lebensführung und soziale Integration bauen gleichermaßen auf Bildungsprozessen in der Familie, in Kindertageseinrichtungen, in Institutionen der Jugendarbeit und der beruflichen Bildung auf. Der Institution Schule kommt hierbei insbesondere in den Quartieren der Sozialen Stadt jedoch eine zentrale

93 Katrin Vogt, Peter Pulm und Anett Endesfelder, Potenziale der Wohneigentumsbildung für die soziale Stabilität von Stadtvierteln. Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Endbericht, Bonn 2003, S. 1.

94 Im Projekt „Wohnen plus“, das mit dem Preis Soziale Stadt 2000 ausgezeichnet wurde, kooperiert eine Wohnungsbaugesellschaft in Lünen seit vielen Jahren mit Partnern aus der Stadtverwaltung, den Gewerkschaften und karitativen Organisationen, vor allem aber mit örtlichen Vereinen sowie Wirtschaftsunternehmen und hat ein breites Netzwerk gebietsbezogener sozialer und kultureller Einrichtungen geschaffen; vgl. *GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (Hrsg.)*, Dokumentation des Wettbewerbs Preis Soziale Stadt 2000, Berlin 2001, S. 28 f.

95 Vgl. z.B. in den Modellgebieten die Projekte Concierge und Sicherheitsdienst in Berlin – Kottbusser Tor (*Beer/Musch*, „Stadtteile ...“, S. 96 f.); in Hannover – Vahrenheide die Pfortnerloge Haus Klingenthal mit Beschäftigungsmaßnahme, das Betreute Wohnen in den Sahlkampfhäusern und die GBH Mieterservice Vahrenheide GmbH (*Geiling und andere*, Begleitende Dokumentation, S. 105 f. sowie S. 110); das TrauDichHaus Nachbarschaftswohnprojekt und die Hausbetreuerlogen Lüdersring in Hamburg-Altona – Lurup (*Breckner und andere*, S. 145); das Beschäftigungsprojekt Quartiersmeisterei in Flensburg – Neustadt (*Finken/Rake/Schreck*, S. 63); das GALAMA-Projekt in Kassel – Nordstadt (*Mussel/Kreisl*, S. 96); die Servicestationen Silberhöhe in Halle – Silberhöhe (*Geiss/Kemper/Krings-Heckemeier*, S. 46); das Projekt Frauenwohnen in Leinefelde – Südstadt (*Buhtz und andere*, S. 40) sowie folgende Projekte in der Projektdatenbank: Concierge Berlin-Spandau – Falkenhagener Feld; Hausmeisterassistenten in Bremen – Gröpelingen; Helfer im Landschafts- und Gartenbau in Lüneburg – Kaltenmoor; Mieterbüro und Mieterzentrum in Leinefelde – Südstadt; Wohngebietsbetreuer/innen in Schwerin – Neu Zippendorf.

96 *Armut schmälert Bildungschancen*, in: die tageszeitung vom 28. Februar 2003, S. 7.

97 *Bildung ist mehr als Schule. Leipziger Thesen zu den Voraussetzungen für eine bildungspolitische Wende*, in: neue praxis, Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, H. 4 (2002), S. 317–320.

Bedeutung zu. Nach den Umfrageergebnissen werden für knapp zwei Drittel der Programmgebiete Maßnahmen und Projekte im Handlungsfeld „Schulen und Bildung“ angegeben, und für mehr als ein Viertel wird das Handlungsfeld als besonders wichtig eingeschätzt; darüber hinaus sind Schulen ebenfalls in zwei Dritteln der Gebiete an der Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzepts beteiligt. Schulen engagieren sich aber nicht erst seit Beginn der Umsetzung des Programms Soziale Stadt in benachteiligten Stadtteilen. Einige schulische Einrichtungen können schon auf eine jahrelange aktive Mitarbeit in der Stadtteilentwicklung zurückblicken. Auf deren Erfahrungen kann nun in anderen Gebieten aufgebaut werden.

Schul- und bildungsbezogene Probleme und Potenziale in den Stadtteilen

Viele Eltern werden aufgrund von Notlagen der Erziehungsarbeit nicht mehr gerecht. „Auf mangelnde ... Fürsorge und auf die Belastungen des sozialen Umfelds reagiert ein wachsender Anteil von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten, Beziehungsstörungen und Entwicklungsdefiziten ... Kinder und Jugendliche neigen beispielsweise zu aggressivem Verhalten, lassen sich nur schwer in Gruppenarbeit integrieren und weisen sprachliche⁹⁸ sowie motorische Defizite auf.“⁹⁹ Kurz: Viele Kinder sind auf die traditionellen Anforderungen der Schule nicht angemessen vorbereitet. Zudem sind Schulen in den Gebieten der alten Bundesländer mit den Problemen von multiethnisch zusammengesetzten Klassen konfrontiert. Die Grundschule im Modellgebiet Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor beispielsweise „wird von etwa 110 deutschen Kindern, 100 Kindern mit deutschem Paß und nichtdeutscher Herkunft, 120 Kindern mit ausländischem Paß und 300 Kindern mit türkischem Paß besucht“¹⁰⁰. Auch für die Modellgebiete Flensburg – Neustadt, Hannover – Vahrenheide-Ost, Ludwigshafen – Westend, Nürnberg – Südstadt/Galgenhof sowie Singen – Langenrain wird über einen 50- bis 70-prozentigen Anteil von Schülern nichtdeutscher Muttersprache berichtet¹⁰¹. Viele dieser Kinder beherrschen die Schulsprache Deutsch nicht im nötigen Maß und haben daher erhebliche Lernschwierigkeiten¹⁰². Zu den Sprachproblemen der Kinder kommen häufig noch die der Eltern hinzu, sodass diese für die Schule nur wenig oder gar nicht erreichbar sind¹⁰³ und die für die gemeinsame Erziehungsarbeit notwendige Kommunikation

⁹⁸ Im Zuge einer Untersuchung unter Erstklässlern im Berliner Bezirk Wedding im Jahr 2000 wurde festgestellt, dass Eltern in sozial schwierigen Lagen unabhängig von ihrer Nationalität häufiger Probleme haben, ihren Kindern die für den schulischen Erfolg notwendigen Sprachkenntnisse zu vermitteln. Nach dieser Studie müssen drei Viertel der Schülerinnen und Schüler gefördert werden; 40 Prozent bedürfen sogar intensiver Förderung (*Senatsverwaltung für Jugend und Sport [Hrsg.], Auswertungen der Sprachstandserhebung in allen ersten Klassen der Weddinger Grundschulen des Bezirks Mitte von Berlin im Schuljahr 2000/01, Berlin 2001*).

⁹⁹ *Breckner und andere*, S. 40.

¹⁰⁰ *Beer/Musch*, „Stadtteile ...“, S. 57.

¹⁰¹ *Frinken/Rake/Schreck*, S. 32; *Geiling und andere*, Begleitende Dokumentation, S. 66; *Schröder/Werth*, S. 21; *Krings-Heckemeier/Heckenroth/Geiss*, S. 17.

¹⁰² Die Lernschwierigkeiten von Migrantenkidern finden auch in den Ergebnissen der PISA-Studie ihren Ausdruck: Der höchste Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund (Anteil der 15-jährigen mit Migrationshintergrund in Bremen: 40 Prozent) geht einher mit den schlechtesten Ergebnissen im nationalen Vergleich in allen Untersuchungskategorien (*Ralph Sonnenschein*, Deutsche Schulen müssen nachsitzen. Bildungspolitik vor PISA 2003, in: *Stadt und Gemeinde*, H. 11 [2002], S. 446).

¹⁰³ Vgl. z.B. *Beer/Musch*, „Stadtteile ...“, S. 57.

zwischen Schule und Elternhaus nicht ausreichend gewährleistet ist. Das Fehlen von Sprachförderung für Migrantinnen und Migranten wird nicht zuletzt aus diesem Grund für 55 Prozent der Gebiete als Problem benannt.

Erschwerend auf die Unterrichtssituation wirkt sich in vielen Gebieten auch eine hohe Fluktuation der Schülerschaft infolge häufig nur kurzer Wohndauer der Familien im Stadtteil aus¹⁰⁴. Oft ist dabei die Sorge der Eltern um die Bildungszukunft ihrer Kinder der Anlass, den Stadtteil zu verlassen – wie beispielsweise im Modellgebiet Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor: „In Kreuzberg spielen die Schulen schon seit Jahrzehnten eine wichtige Rolle für Wegzug, Zuzug und Bleibebereitschaft – nicht nur der deutschen, sondern auch der türkischen Bevölkerung.“¹⁰⁵ Ein Teil dieser besorgten Eltern wiederum bleibt zwar im Stadtteil wohnen, meldet aber ihre Kinder über Deckadressen an anderen Schulen außerhalb des Gebiets an¹⁰⁶. In den neuen Bundesländern müssen darüber hinaus Schulen infolge von Abwanderung und dramatisch zurückgegangenen Geburtenzahlen geschlossen werden¹⁰⁷.

Als Entwicklungspotenzial werden die Schulen im Stadtteil für immerhin fast 30 Prozent der Gebiete benannt: „Sie sind Potenzial für interkulturellen Austausch, für Begegnung, soziales und kulturelles ‚Lernen‘ der Kinder und ihrer Eltern, für Integration.“¹⁰⁸

Stadtteilbezogene Strategien

Vor dem Hintergrund der besonderen Herausforderungen in benachteiligten Stadtteilen begreifen sich viele Schulen in den Programmgebieten nicht mehr nur als Stätte reiner Wissensvermittlung, sondern zunehmend als Orte, an denen auch soziale und kommunikative Kompetenzen erlernt und umgesetzt werden. Dabei lassen sich im Wesentlichen die folgenden charakteristischen Strategien unterscheiden:

Als eine Schlüsselstrategie hat sich die *Öffnung von Schulen* herausgestellt¹⁰⁹. Schulöffnung bedeutet, dass sich die Schule sowohl nach innen für neue Formen, Methoden und Inhalte des Unterrichts als auch nach außen zum Stadtteil, zur Lebenswelt im Umfeld der Schule und damit auch für die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, mit Betrieben, Verbänden und weiteren lokalen Akteuren im Gebiet öffnet. Dafür werden häufig eigene Schulprogramme von den Schulen entwickelt, die sich auf den sozialen Einzugsbereich der Schülerschaft beziehen und sich aus den Erwartungen und Bedürfnissen vor Ort und nicht nur aus den allgemeinen Bil-

¹⁰⁴ Im Modellgebiet Neunkirchen – Innenstadt lebte beispielsweise 1997 über ein Drittel der Bevölkerung seit weniger als drei Jahren in der Innenstadt, im Bereich der Unterstadt waren es sogar über 50 Prozent. Durch den Umzug der Familien wird hier in den Schulen jährlich ein Drittel der Schüler ausgetauscht, bei einer Schule ist es sogar etwa die Hälfte (*Jacob und andere*, S. 10).

¹⁰⁵ *Beer/Musch*, „Stadtteile ...“, S. 71.

¹⁰⁶ Vgl. hierzu unter anderem *Sybille Volkholz*, Kann man die Flucht aus der Schule stoppen?, in: Kirsten Bruhns und Wolfgang Mack (Hrsg.), *Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen*, Opladen 2001, S. 312.

¹⁰⁷ So sind in allen Modellgebieten der neuen Bundesländer bereits Schulschließungen erfolgt (Halle – Silberhöhe, Leinefelde – Südstadt, Leipzig – Leipziger Osten, Schwerin – Neu Zippendorf) oder aber geplant (Cottbus – Sachsendorf-Madlow).

¹⁰⁸ *Beer/Musch*, „Stadtteile ...“, S. 71.

¹⁰⁹ Das Land Nordrhein-Westfalen beispielsweise hat bereits 1987 ein spezielles Programm hierzu aufgelegt: „Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schulen“ (GÖS).

Praxisbeispiel

Abbildung 50–53



(Fotos oben links, oben rechts und unten rechts: Daylight Filmproduktion, Berlin, Foto unten links: Wolf-Christian Strauss, Berlin)

Evangelische Gesamtschule in Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord

Mit dem Neubau der Evangelischen Gesamtschule – ausgerichtet an neuesten ökologischen Standards – wurde ein Schul- und Stadtteilzentrum geschaffen, das gleichzeitig Familien-, Erziehungs-, Lebens-, Erfahrungs- und Stadtteilschule (FELS-Schule) sein soll. Im Sinne einer „multikulturellen Erziehung“ erfahren die Kinder die Bedeutung von gegenseitiger Akzeptanz und erleben die kulturelle Vielfalt im Schulalltag. Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft beteiligten sich aktiv an der Planung und Umsetzung (Selbstbau der „Klassenhäuser“). Die Öffnung der Schule zum Stadtteil ermöglicht neue Formen des Ganztagschulbetriebs.

dungszielen herleiten¹¹⁰. Zu den Aufgaben, die in diesem Zusammenhang neu wahrgenommen werden, gehören beispielsweise Schulsozialarbeit, Nachmittagsangebote, Gesundheitsförderung¹¹¹ und Gewaltprävention¹¹² sowie Sprachförderung. Darüber hinaus werden unterrichtsergänzende Angebote vor allem im sportlichen und kulturellen Bereich eingerichtet¹¹³. Intendiert ist in der Regel zudem eine Nutzung der Räumlichkeiten und des Schulhofs außerhalb der herkömmlichen Unterrichtszeiten durch lokale Initiativen, Vereine und Bewohnergruppen. Teils werden auch neue räumliche Möglichkeiten geschaffen¹¹⁴, um die Schule zu einem Ort der Begegnung, Kommunikation und Integration im Stadtteil werden zu lassen. Dabei zeigt sich, dass die Schulen diese Anstrengungen dauerhaft nicht ohne finanzielle, personelle und organisatorische Unterstützung durch Land und Kommune bewältigen können: Finanzielle Zuwendungen für Einzelprojekte, Anrechnungstunden für Lehrerinnen und Lehrer, bessere Sachausstattung sowie professionelle Qualifizierung und Begleitung der Lehrerschaft und Ähnliches sind hierfür erforderlich. Darüber hinaus kann eine stärkere Autonomie z.B. durch die Einrichtung von Schulbudgets oder durch die Befugnis zu eigenen Personalentscheidungen die Schulen motivieren, sich in stärkerem Maße durch die Gestaltung des schulischen Angebots zu profilieren und gemeinsam mit den Eltern, der Jugendhilfe und anderen schulischen Partnern einen Beitrag zur sozialen Integration der Kinder und Jugendlichen zu leisten.

Eine weitere wichtige Strategie in den benachteiligten Gebieten ist die *Sprachförderung*: An vielen Schulen wird die Sprachkompetenz von Migrantenkindern verstärkt gefördert¹¹⁵, um den Zusammenhang zwischen nicht-deutscher Herkunft, Lernschwierigkeiten, niedrigen Schulabschlüssen¹¹⁶ und erschwertem Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu durchbrechen. Nicht zuletzt aus diesem Grund werden häufig auch Ganztagsangebote in den Schulen eingerichtet, denn „wer von 8.00 bis 16.00 Uhr Deutsch spricht, lernt es ... besser und schneller als derjenige, der sich nach Unterrichtschluss um 12.00 Uhr nur noch der Muttersprache seiner

110 Vgl. hierzu beispielsweise das Projekt „Bewegte Schule – Schule als lernendes System im Stadtteil“ an der Fridtjof-Nansen-Grundschule im Modellgebiet Hannover – Vahrenheide-Ost (*Geiling und andere*, Begleitende Dokumentation, S. 66 ff.) und die Entwicklung der Haupt- und Realschule Veermoor im Modellgebiet Hamburg-Altona – Lurup zur Stadteilschule (*Breckner und andere*, S. 77 ff.) sowie die folgenden Projekte in der Projektdatenbank: Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen – Bismarck in Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord; Infra West in Ratingen – West; Schulzentrum Schafflund in Schafflund – Gesamtdorf.

111 Vgl. hierzu Kapitel 5.7.

112 Vgl. hierzu Kapitel 5.3.

113 Vgl. hierzu z.B. das folgende Projekt in der Datenbank: MAUSIE – Musikalische Ausbildung als unterrichtsergänzendes sozial-integratives Erleben in Bremen – Oslebshausen.

114 Vgl. hierzu z.B. den Ausbau der Bachschule zum Stadtteilzentrum im Modellgebiet Neunkirchen – Innenstadt (*Jacob und andere*, S. 41) sowie die Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule zum kulturellen Veranstaltungszentrum im Modellgebiet Schwerin – Neu Zippendorf (*Cramer/Schuleri-Hartje*, S. 33 f.).

115 Vgl. hierzu z.B. die schulischen Sprachförderungsangebote in den Modellgebieten Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor (*Beer/Musch*, „Stadtteile ...“, S. 57) und Neunkirchen – Innenstadt (*Jacob und andere*, S. 18).

116 So verließen im Jahr 1999 19 Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler, aber nur acht Prozent der deutschen die Schule ohne Abschluss; 41 Prozent der nicht-deutschen Schülerinnen und Schüler verfügten 1999 über einen Hauptschulabschluss im Vergleich zu 25 Prozent der deutschen. Bei Realschulabschluss und Hochschulreife dagegen liegen die höheren Anteile bei den deutschen Schulabgängern (*Statistisches Bundesamt [Hrsg.]*, Im Blickpunkt, Ausländische Bevölkerung in Deutschland, Wiesbaden 2001, S. 58 ff.).

Eltern bedienen muss“¹¹⁷. Dabei zeigt sich allerdings, dass Sprachförderung allein in der Schule nicht ausreicht, sondern der Abbau von Sprachdefiziten bereits im Kindergarten und der Vorschule beginnen¹¹⁸ und durch Sprachförderung der Eltern unterstützt werden muss¹¹⁹. Insgesamt spielt dabei die präzise Zielgruppenausrichtung der Sprachförderungsangebote – beispielsweise nach Alter, Geschlecht, ethnischer Herkunft – eine wesentliche Rolle.

Praxisbeispiel



Abbildung 54

Mama lernt Deutsch

„Mama lernt Deutsch“ wird in zahlreichen Soziale-Stadt-Gebieten mit großem Erfolg durchgeführt, und die Nachfrage nach weiteren Kursen ist groß. Migrantinnen werden durch die Vermittlung von deutschen Sprachkenntnissen in die Lage versetzt, die schulische und berufliche Integration ihrer Kinder besser zu unterstützen. Das Heranführen an die deutsche Sprache eröffnet gleichzeitig den Weg zum selbständigen Lernen und fördert Kontakte und Kommunikation zwischen Eltern und Lehrerschaft. Die Kurse finden oft in den Räumen des Kindergartens oder der Grundschule statt. Die Angebotspalette reicht von der möglichen Alphabetisierung über das Lernen einfacher Kommunikationsmuster bis hin zum Lesen von Büchern.

(Foto: Wolf-Christian Strauss, Berlin)

Zunehmend engagieren sich Schulen in den Quartieren darüber hinaus für eine *Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt*¹²⁰. Gezielt werden die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen in den Vordergrund eines handlungs- und praxisorientierten Unterrichts gerückt und Vorgänge der Arbeitswelt intensiver in die Abläufe schulischen Lernens integriert. Neue und bereits bewährte Projekte im Bereich Berufsinformation, Berufsorientierung und Berufsausbildung werden von den Schulen für die Schülerinnen und Schüler nutzbar gemacht. Die Herausforderung, den jungen Menschen den Zugang zu Ausbildung und Beruf zu erleichtern, können die Schulen aber nicht allein bewältigen: Daher kooperieren sie zum Aufbau von lokalen Fördernetzwerken mit Betrieben im Stadtteil, Trägern der Jugend-

¹¹⁷ Sonnenschein, S. 447.

¹¹⁸ Vgl. hierzu beispielsweise die Sprachförderung an Kindertagesstätten in Gelsenkirchen (Austermann/Ruiz/Sauter, S. 33).

¹¹⁹ Vgl. hierzu z.B. die folgenden Projekte in der Projektdatenbank: Sprachförderung in Ingolstadt – Piusviertel; MIKELE: Miteinander-Inter-Kulturelle-Elternbildung-Ludwigsburg-Eglosheim in Ludwigsburg – Eglosheim II sowie Deutschkurs für Frauen in Rosenheim – Lessingstraße/Pfaffenhofener Straße.

¹²⁰ Vgl. hierzu z.B. Ulrike Lierow, Neue Wege von der Schule in die Ausbildung, in: Lurup im Blick, Februar 2003, S. 3 f. sowie die folgenden Projekte in der Datenbank: RAZ-Ran an die Zukunft – Schülerberatungsstelle für Berufsorientierung als Lebensplanung in Bremen – Gröpelingen; Pro Beruf – Jugendsozialarbeit im Übergang Schule-Beruf in Hannover – Vahrenheide-Ost; INKOMM – Interkulturelle Kompetenz im Übergang Schule und Beruf in München – Neuhausen; Verbesserung der Berufsorientierung und des Übergang Schule-Beruf in Trier – Nord.

hilfe, dem Arbeitsamt, den Kammern, Ausbildungs- und Beschäftigungsträgern sowie den zuständigen Fachämtern¹²¹. Die Vielfalt der verschiedenen Ansätze für einen verbesserten Einstieg in das Berufsleben zeigt sich auch in den Ergebnissen des 1999 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ausgeschrieben Bundeswettbewerbs „Fit für Leben und Arbeit – neue Praxismodelle zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen“, an dem sich über 400 Projekte und Initiativen beteiligten¹²².

5.6 Stadtteilkultur

Lebendigkeit und Identität der Stadtteile beruhen vor allem auf der Vielfalt ihres kulturellen Lebens¹²³. Mehr als die Hälfte der Programmgebiete spiegeln eine in hohem Maße multikulturelle Gesellschaft wider; dort leben Menschen mit sehr unterschiedlichem kulturellem, sozialem und religiösem Hintergrund¹²⁴. Stadtteilkultur bildet dabei zum einen das Bindeglied zwischen den verschiedenen Kulturen, entwickelt sich zum anderen aber gerade erst durch die Mannigfaltigkeit kultureller Milieus. Kreativität steht im Spannungsfeld von Begrenzung und Freiheit, Defiziten und Potenzialen, insbesondere dann, wenn sich verschiedene Akteure zusammen finden und neue Allianzen bilden: „Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur fördert die Vielfalt unseres Lebens, bringt grundlegende Werte zum Ausdruck, schärft den Blick für soziale Teilhabe und ist Teil von Emanzipation und Persönlichkeitsentwicklung, individueller Freiheit, Sinn- und Selbstbestimmung. ... Kunst und Kultur schaffen Räume für den Menschen jenseits der marktmäßigen Rollen als Arbeitskraft und Konsument.“¹²⁵ Durch kulturelle Aktivitäten können die Eigenarten, die jeden Stadtteil durch seine Entstehungsgeschichte, die dort lebenden Bewohnerinnen und Bewohner, die Bauten und öffentlichen Räume charakterisieren, betont und sichtbar gemacht, seine „kulturelle Topografie“ entdeckt oder zurückgewonnen werden¹²⁶.

In den Gebieten, in denen ein Integriertes Handlungskonzept bereits vorliegt oder erarbeitet wird¹²⁷, wird das Handlungsfeld „Stadtteilkultur“ für nahezu drei Viertel in das Konzept einbezogen. Bei den Maßnahmen und Projekten rangiert „Stadtteilkultur“ im Rahmen der insgesamt 17 Handlungsfelder an sechster Stelle und damit

121 Vgl. beispielsweise den Runden Tisch im Handlungsfeld „Schule und Ausbildung“ im Modellgebiet Hamburg-Altona – Lurup (Breckner und andere, S. 77–81).

122 Elke Schreiber und Kerstin Schreier (Hrsg.), Praxismodelle zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen: Die Preisträger des Wettbewerbs „Fit für Leben und Arbeit“, München 2000; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Deutsches Jugendinstitut e.V. (Hrsg.), Fit für Leben und Arbeit. Neue Praxismodelle zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen, München 2000; Nicole Kraheck (Hrsg.), Verbesserung der beruflichen Chancen von Mädchen und jungen Frauen, München 2001 (Praxismodelle, Bd. 6).

123 Bernd Meyer, Kultur in der Stadt – Empfehlungen, Hinweise und Arbeitshilfen des Deutschen Städtetages 1987–1998, Stuttgart 1998, S. 28 (Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Bd. 75).

124 Beispielsweise leben in Hannover – Vahrenheide Menschen aus insgesamt 58 verschiedenen Nationen (Geiling und andere, Begleitende Dokumentation, S. 30).

125 Kulturpolitischer Leitantrag des SPD-Vorstandes – auf Initiative des Kulturforums der Sozialdemokratie zum Nürnberger Parteitag im Herbst 2001 – Informationsdienst Soziokultur, Nr. 46, S. 1.

126 Ulrike Meyer und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Kultur im Stadtteil, in: Soziale Stadt info, Nr. 10 (2002), S. 2.

127 In 187 von 222 Programmgebieten ist ein Integriertes Handlungskonzept vorhanden oder wird erarbeitet (Zweite Umfrage, Difu 2002).

recht weit oben; vermutlich auch, weil sich Stadtteilkulturarbeit in kleinen Projekten (z.B. Kindermalaktionen, Straßen- oder Hoffeste, kleinere künstlerische Aufführungen) mit relativ geringen Kosten vergleichsweise problemlos realisieren lässt.

Kulturbezogene Probleme und Potenziale in den Gebieten

Defizite der sozialkulturellen Infrastruktur wurden auf die Frage nach Problemen für knapp 60 Prozent der Programmgebiete genannt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass auch in anderen Problembereichen kulturelle Aspekte eine Rolle spielen (z.B. bei Mangel an Einrichtungen für Kinder und Jugendliche oder an Freizeit- und Sportanlagen). In einigen Modellgebieten wird das Fehlen von kulturellen Einrichtungen im engeren Sinne als Problem benannt wie beispielsweise in Ludwigshafen – Westend, Singen – Langenrain und Schwerin – Neu Zippendorf. In Neunkirchen – Innenstadt werden Defizite an Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Kommunikation, in Hannover – Vahrenheide-Ost¹²⁸ „überlastete lokale Einrichtungen“ beklagt.

Gleichzeitig wird für gut die Hälfte der Programmgebiete die vorhandene sozialkulturelle Infrastruktur als Entwicklungspotenzial gesehen, für 45 Prozent die Verbesserung der sozialkulturellen Infrastrukturangebote als Ziel formuliert.

Strategien zur Förderung der Stadtteilkultur

Kulturelle Projekte in den Stadtteilen sind facettenreich: Entwicklung kreativer Potenziale, Identitätsbildung und -stärkung, damit eng verknüpft Imageverbesserung, Beteiligung und Aneignung verbunden mit Förderung der Kommunikation. Wenngleich Kultur sich nicht zur Behebung gesellschaftlicher Defizite instrumentalisieren lässt, ist sie gerade in den benachteiligten Quartieren mit gesellschaftlichen Problemen konfrontiert¹²⁹. Kulturarbeit übernimmt vor diesem Hintergrund auch Funktionen informeller Bildungsarbeit.

Über Kunst- und Kulturprojekte lassen sich sonst nur schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen in die Stadtteilentwicklung einbinden, denn nicht Sprachkenntnisse und intellektuelle Fähigkeiten, sondern vielmehr die Fähigkeit, sich spontan auf Neues einzulassen, nonverbal zu agieren sowie Phantasie und Kreativität herauszufordern, sind bei der Durchführung solcher Projekte gefragt. Am ehesten gelingt Motivierung dort, wo einzelne Bevölkerungsgruppen direkt angesprochen werden und mit den Aktivitäten an ihrer alltäglichen Lebenssituation angeknüpft wird.

Die stadtteilkulturellen Strategien in den Gebieten der Sozialen Stadt sind vor allem darauf ausgerichtet, Kultur und Kunst im Stadtteil zu verankern, Anlässe für Identifikation mit den Gebieten zu schaffen, das Image zu verbessern, mit kulturellen Aktionen neue Sichtweisen auf den Stadtteil zu eröffnen, veränderte Wahrnehmungen, Aneignungs- und Ausdrucksformen anzuregen sowie kulturelle Netz-

¹²⁸ Geiling und andere, Begleitende Dokumentation, S. 107.

¹²⁹ Bernd Meyer, S. 16.

werke auf- und auszubauen. Häufig sind die Projekte und Maßnahmen durch produktive Funktionen geprägt, das heißt, Mitmachen und Selbermachen stehen im Vordergrund.

Abbildung 55–58

Praxisbeispiel



Kunstprojekte im Quartier

Mit Skulpturen und Kunstprojekten wird in vielen Programmgebieten versucht, die gestalterische Eintönigkeit zu durchbrechen, Markierungs- und Orientierungspunkte zu schaffen, neue Sichtweisen auf das Quartier und Identifizierungsmöglichkeiten zu eröffnen und dadurch den öffentlichen Raum für alle attraktiver zu machen. Häufig werden die Kunstprojekte gemeinsam mit Vor-Ort-Akteuren entworfen, aufgebaut oder auch von ihnen finanziell unterstützt.

Bilder von links oben nach rechts unten:

„Balanceakt“ in der Großsiedlung Berlin-Hellersdorf (als Metapher für Schwierigkeiten im menschlichen Miteinander stehende Künstlerskulptur auf dem Dach eines Hochhauses) (Foto: Wolf-Christian Strauss, Berlin); Kunstbaustelle „Windwörter“ in Neuruppin – Wohnkomplex I-III (von Jugendlichen als wichtig für ihr Leben erachtete Wörter, die unter künstlerischer Anleitung [Rupprecht Matthies] drehbar auf vier Meter hohen Stangen befestigt sind) (Foto: Plankontor, Neuruppin), Warnowthron in Rostock Groß Klein (beispielbares Kunstobjekt aus Altmaterial der kunstschule rostock e.V., Gestaltung der Kugeloberflächen durch Kinder und Jugendliche unter künstlerischer Anleitung durch Stefan Albrecht) (Foto: Stefan Albrecht, Eickhof); „Kunst aufs Dach“ im Leipziger Osten (Projektidee aus dem Forum Leipziger Osten: Installation gemeinsam mit Jugendlichen auf dem Dach einer ehemaligen Tankstelle, Kunstobjekt mit der Symbolik der aufgehenden Sonne und Fotos von Schülerinnen und Schülern aus dem Wettbewerb „Ostentdeckungen“) (Foto: Andreas Kaufmann, Leipzig).

In manchen Programmgebieten geht es zuerst einmal darum, kulturellen Aktivitäten einen Ort zu verschaffen, z.B. durch *Umnutzung und Umgestaltung von Gebäuden und Gebäudeteilen für kulturelle Zwecke*. Insbesondere in den Großsiedlungen der neuen Länder bieten Rückbau und Schrumpfungprozesse vielfältige Möglichkeiten, frei werdende Räume für kulturelle Angebote umzugestalten und umzunutzen. So entstehen Nutzungsmöglichkeiten für Initiativen, Vereine und Kunstschaaffende im Stadtteil, die in einigen Fällen kostenlos oder für geringes Entgelt zur Verfügung gestellt werden¹³⁰. Durch diese direkte örtliche Einbindung – auch im Rahmen von „niedrigschwelligen“ Angeboten – können Bewohnerinnen und Bewohner in ihrer Nachbarschaft aktiv werden.

Identitätsbildung oder -stärkung erfolgt beispielsweise über „Spurensicherungen im Stadtteil“: Stadtteil- und Ortsgeschichte(n) werden erkundet und sichtbar gemacht. Alteingesessene und neu Zugezogene gehen auf „Entdeckungsreise“ und erleben den Stadtteil teilweise neu. Film und Fotodokumentationen, Ausstellungen, Veröffentlichungen, thematische Spaziergänge sowie Interviews können die Grundlage für die Aufarbeitung bilden¹³¹. Darüber hinaus tragen auch gemeinsame Stadtteilstefte, Feste in kleineren Zusammenhängen und kulturelle Veranstaltungen, wie sie weit verbreitet sind, zur Identitätsbildung bei. In „Geschichtswerkstätten“ befassen sich interessierte Bürgerinnen und Bürger mit der Vergangenheit ihres Stadtteils. Die historischen Dimensionen des vergangenen Alltags werden aufgespürt und dem heutigen alltäglichen Leben gegenübergestellt¹³². Kunstobjekte, die vielfach gemeinsam mit Vor-Ort-Akteuren entstanden sind, prägen und markieren besondere Orte im Quartier, dienen als Blickfang, Merkposten oder Orientierungshilfe. Sie können z.B. durch „verstörende“ Informationen als „Stolpersteine“ fungieren, zum Nachdenken anregen und so zur Folge haben, dass einzelne Bereiche des Quartiers von der Stadtteilöffentlichkeit, vielleicht sogar auch von der Stadtöffentlichkeit neu wahrgenommen werden¹³³.

Kulturelle Projekte und Maßnahmen eignen sich so auch zur *Verbesserung des Gebietsimages* – sowohl nach innen als auch nach außen. Als wichtiger Bestandteil

¹³⁰ Vgl. hierzu die folgenden Projekte in der Projektdatenbank: Umnutzung eines ehemaligen Schlachthofareals (Nürnberg – Am Leonhardspark); Musikübungsräume – Umbau einer ehemaligen öffentlichen Toilettenanlage durch Jugendliche (Hamburg-Harburg – Mümmelmannsberg); Boxion – Kunst und Kultur für Leerläden (Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Ortsteil Friedrichshain, Boxhagener Platz); Fassadengalerie. Leerstand als Kunstobjekt (Schwedt – Obere Talsandterrassen).

¹³¹ Vgl. hierzu die folgenden Projekte in der Projektdatenbank: „Es hat sich viel geändert – Menschen und Meinungen aus dem Piusviertel“. Fotoausstellung über die Bewohnerschaft (Ingolstadt – Piusviertel); Videowerkstatt Westend. Kinder und Jugendliche erproben sich als Reporter und Filmemacher im Stadtteil (Wetzlar – Silhörer Aue/Westend); Nachbarschafts-TV. Interkulturelle gemeinwesenorientierte Jugendarbeit (Dietzenbach – Östliches Spessartviertel); Stadt Deiner Träume. Stadtteil-erkundung mit der Kamera (Düsseldorf – Flingern-Oberbilk).

¹³² Vgl. hierzu z.B. die Geschichtswerkstatt in Köln – Kalk (www.gw-kalk.de, Stand: 10.9.2002). In ihrer Internetpräsentation heißt es: „Unser Ziel ist es, die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte des Arbeitervorortes Kalk aufzuzeigen. Gestern und heute. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht der Mensch. Wie haben die Arbeiter gelebt und gewohnt, die entscheidend dazu beigetragen haben, dass Kalk ein blühender Industriestandort war? Wie war das kulturelle Leben in unserem Vorort? Welche Entwicklungen sind für die Zukunft absehbar und was bedeutet sie für die Kalker Bevölkerung?“

¹³³ Vgl. hierzu die folgenden Projekte in der Projektdatenbank: Kunstbaustelle „Windwörter“ (Neuruppin – Wohnkomplex I-III); Kattentürme (Bremen – Osterholz, Blockdiek); Marxloh – Mosaik – Kunstprojekt zur Stärkung der Identifikation (Duisburg – Marxloh); Weihnachten in Westhagen. Lichtinstallation und Stadtinszenierung (Wolfsburg – Westhagen); Treppeninszenierung. Öffentliche Treppen im Stadtteil (Wuppertal – Osternbaum).

koordinierter Öffentlichkeitsarbeit wirken sie nicht nur imageverbessernd im Gebiet, sondern strahlen in vielen Stadtteilen auch über die Gebietsgrenzen hinaus und führen zu einer positiveren Außenwahrnehmung¹³⁴.

Abbildung 59/60

Praxisbeispiel



(Fotos: Daylight Filmproduktion, Berlin)

Rapper-Fest am Kotti (Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor)

Das jedes Jahr im Kiez stattfindende Rapper-Fest gibt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, sich und ihr Können öffentlich zu präsentieren. Dabei sind sie bereits an der Vorbereitung und Organisation beteiligt und erhalten für ihre Mitarbeit ein Honorar. Das Rapper-Fest findet als Wettbewerb statt; eine Jury aus der Szene und der Quartiersbewohnerschaft vergibt die Preise, die von Wohnungsunternehmen und Eigentümergruppen gestiftet werden. Auf dem Rapper-Fest 2001 traten 19 Gruppen vor einem Publikum von 600 Personen auf.

Mit stadtteilkulturellen Maßnahmen und Projekten wird auch die Strategie der *Bildung von kulturellen Netzwerken* verfolgt, in denen alle relevanten Akteure für die Kulturförderung tätig werden. Mögliche Bündnispartner sind dabei unter anderem Verwaltung, Vereine, Träger der soziokulturellen Vor-Ort-Einrichtungen, Schulen, Kindertageseinrichtungen, Kirchen, Volkshochschulen, Quartiermanagement, Gewerbetreibende. Dabei bilden nicht primär Kunst- oder Kulturprodukte das Ziel, sondern vielmehr der Prozess des Handelns; zentrale Bedeutung bekommen so die Kommunikationsformen jenseits der sprachlichen Verständigung, wie z.B. Tanz, Musik, Sport oder Spiel. Vereine bieten mit ihren organisatorischen und fachlichen Erfahrungen sowie ihren kommunikativen Strukturen gute Voraussetzungen, gemeinsam neue Aktionen zu initiieren (z.B. in Laienspiel-, Musik-, Tanz-, Literatur- und Malgruppen).

¹³⁴ Zwei Beispiele für gebietsübergreifende Strategien sind das Consoltheater im Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck, das 1999 vom „Forum kunstvereint e.V.“ auf der ehemaligen Schachtanlage Consolidation mit Mitteln der Städtebauförderung (IBA) gegründet wurde (Austermann/Ruiz/Sauter, S. 44), und das Naomi-Musical der Astrid-Lindgren-Schule in Schwerin – Neu Zippendorf (Cramer/Schuleri-Hartje, S. 35 f.).

In mehreren Modellgebieten gibt es Vereine, deren Schwerpunkt in der kulturellen Arbeit liegt¹³⁵. Der Verein „Kultur Vor Ort e.V.“ in Bremen – Gröpelingen verbindet seine Arbeit mit der Stadtteilentwicklung, da er unter Kultur die Förderung einer demokratischen und diskursiven Öffentlichkeit versteht und damit der Resignation und Gleichgültigkeit im Stadtteil ein Modell der kreativen Partizipation entgegensetzt. Nach Meinung des Vereins stellt Stadtkultur konkret die Verbindung zwischen baulich-räumlicher Stadtstruktur und dem sozialen und kulturellen Leben im Stadtteil her. „Kunst und Kultur sind nicht das Sahnehäubchen des städtischen Alltags, das nur wenige genießen können. Kunst und Kultur werden vielmehr zum Motor von Öffentlichkeit, werden zum Ferment von Urbanität, weil Kunst und Kultur in der Lage sind, soziale, ethnische und religiöse Grenzen zu überschreiten und weil Kunst und Kultur in der Lage sind, Identität zu stiften, soziale Kompetenz zu stärken oder sogar ökonomische Impulse zu setzen.“¹³⁶ Wichtig für die Beteiligung vieler Bevölkerungsgruppen am Kulturangebot ist, dass Projekte und Aktivitäten interkulturell ausgerichtet sind und vor Ort stattfinden, wie dies beispielsweise bei den soziokulturellen Zentren¹³⁷ und oftmals in „Stadtteilläden“ gegeben ist¹³⁸.

Kulturelle Kinder- und Jugendarbeit – in ihren Methoden sozial-interaktiv – nimmt Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen ernst, stärkt das Selbstwertgefühl von jungen Menschen, ermöglicht Partizipation und Integration und trägt zur Sinnstiftung und Lebensbewältigung bei. Mit öffentlichen Bastel-, Mal-, Musik- oder Spielaktionen für Kinder kann eine breitere Öffentlichkeit hergestellt werden; häufig lassen sich darüber auch die Erwachsenen erreichen. Im Herbst 1999 wurde in den nordrhein-westfälischen Programmgebieten das Projekt „mus-e – Multikulturelles soziales Schulprojekt für Europa“ etabliert, das zu je der Hälfte aus öffentlichen Mitteln und aus Mitteln der Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland finanziert

¹³⁵ Beispielsweise Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor: Kotti e.V. Nachbarschafts- und Gemeinwesenverein mit dem Schwerpunkt stadtteilbezogene sozial-kulturelle Arbeit; Bremen – Gröpelingen: Kultur vor Ort e.V.; Hamburg-Altona – Lurup: Verein zur Förderung von Stadtkultur; Hannover – Vahrenheide-Ost: Stadtteilinitiative Kulturtreff Vahrenheide e.V.; Leipziger Osten: Initiative Bürgerverein Volkmarisdorf mit dem Ziel der Förderung von Kunst und Kultur im Stadtteil.

¹³⁶ *Kultur Vor Ort e.V. (Hrsg.)*, Kultur Vor Ort, Dokumentation 1998–2001, Bremen 2001, S. 10.

¹³⁷ „Soziokultur“ umfasst eine vielfältige Kulturarbeit mit einer großen Bandbreite an Veranstaltungs- und Arbeitsformen, Themen und Inhalten. Zur Soziokultur gehören neben soziokulturellen Zentren insbesondere weite Bereiche der kulturellen Bildung, Bereiche der kulturellen Kinder- und Jugendbildung, der Kulturpädagogik, der Jugendkunstschulen sowie Bereiche der ästhetischen Erziehung. Die Soziokultur und ihre Einrichtungen stellen – mehr als andere kulturelle Bereiche – darauf ab, sich neuen gesellschaftlichen Themen, Problemen und Aufgaben zu öffnen und sich damit auseinander zu setzen. Durch ihre zielgruppenorientierten kulturellen Angebote und die aktive Einbeziehung der Besucherinnen und Besucher können sie eine integrative und präventive Funktion ausüben. Soziokultur ist nach Hermann Glaser vor allem der Versuch, Kunst als Kommunikationsmedium zu begreifen – als eine sehr wichtige Möglichkeit, die plurale (und damit auch in vielfältige Einzelinteressen, Interessenkonflikte, Verständigungsbarrieren zerklüftete) Gesellschaft auf der „kommunikativen Ebene“ zusammenzubringen (nach Hermann Glaser, *Tour d’horizon Kultur in der modernen Gesellschaft*, in: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 61/62 II-III/93, S. 116).

¹³⁸ In Cottbus – Sachsendorf-Madlow wurde eine ehemalige Kindertagesstätte zum soziokulturellen Quartierszentrum umgebaut und in Kassel – Nordstadt der ehemalige Schlachthof zum Kulturzentrum umgenutzt. Dieses Kulturzentrum ist in den „Runden Tisch Nordstadt-Projekt“ (entscheidendes Gremium für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt) eingebunden, wodurch die Beteiligung am gesamten Stadtteilentwicklungsprozess gesichert ist. Vgl. hierzu auch die folgenden Projekte in der Projektdatenbank: Südstadtläden – Integration im Stadtteil. Interkulturelle Stadtteilarbeit in Kulturläden (Nürnberg, Südstadt); Kulturzentrum „Die Kunstplatte e.V.“ (Großsiedlung Stendal – Stadtsee); Bayouma-Haus. Interkulturelle Begegnungsstätte (Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg, Friedrichshain – Boxhagener Platz).

wird¹³⁹: Über Kunst und Kreativität werden Kinder in ihrer Persönlichkeit, ihrem Selbstbewusstsein und ihren sozialen Kompetenzen gestärkt, Ausgeglichenheit und Toleranz werden gefördert. Sir Yehudi Menuhin sagte als Schirmherr des Projekts: „Kinder müssen zuerst singen und tanzen lernen. Mathematik und Sprachen folgen später.“

Im zweiten Halbjahr 2002 wurde das Modellprojekt „Bitte wenden! Kunstaktionen auf der Rückseite der Stadt“ des Bundesverbandes der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen e.V. (bjke) im Rahmen der Programmplattform E & C gestartet. Hierbei bieten acht Jugendkunstschulen mobile kulturpädagogische Projektangebote für Kinder und Jugendliche in den Gebieten der Sozialen Stadt an: „Gemeinsam mit Künstlern, Kultur- und Sozialpädagogen verwirklichen die jungen Bewohner zwischen Juni und September 2002 einen Gestaltungswunsch für ihr Wohn- und Lebensumfeld. Die Stärke von Kindern und Jugendlichen aus sozialen Spannungsgebieten durch künstlerische Beteiligungsprojekte zu fördern und Kulturpädagogik als Bestandteil der Stadterneuerung zu verankern, ist Ziel des bjke-Modellprojekts im Jahr 2002.“¹⁴⁰

5.7 Gesundheitsförderung

Mit Armut ist in Deutschland immer noch ein beträchtliches Gesundheitsrisiko verbunden¹⁴¹. Der Grund hierfür liegt in der Zunahme gesundheitlicher Belastungen infolge sozialer Benachteiligung bei gleichzeitiger Abnahme der persönlichen, ökonomischen und sozialen Ressourcen zur Bewältigung dieser Belastungen¹⁴². Die überwiegend mittelschichtorientierten Angebote der Gesundheitsförderung werden von diesen Bevölkerungsschichten kaum in Anspruch genommen¹⁴³. Häufig kommen ungesunde Verhaltensweisen hinzu, die durch Rauchen, übermäßigen Alkohol- und sonstigen Drogenkonsum, Fehlernährung, Bewegungsmangel und nicht selten durch Gewalt geprägt sind.

¹³⁹ „mus – e“ ist

- „ein soziales Projekt, das benachteiligten Kindern hilft, soziale Barrieren sowie Gewalt und Rassismus zu überwinden;
- ein Kulturprojekt, das in die kulturell benachteiligten Stadtteile Musik, Tanz, Bildende Kunst usw. hineinträgt. Etwa 70 Künstler werden so drei Jahre lang regelmäßig im Stadtteil tätig;
- ein Schulprojekt, das den Schulen in den Stadtteilen neue Impulse gibt und sie damit als Institutionen im Stadtteil stärkt“.

¹⁴⁰ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen (bjke) e.V. (Hrsg.), Informationsblatt „Bitte wenden! Kunstaktionen auf der Rückseite der Stadt. Kulturpädagogische Projekte mit Kindern und Jugendlichen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf 2002“; vgl. auch infodienst KULTURPÄDAGOGISCHE NACHRICHTEN, Nr. 64 (Juli/August 2002), S. 42–44.

¹⁴¹ Vgl. unter anderem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2001; Andreas Mielck, Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten, Bern 2000.

¹⁴² Vgl. unter anderem Birgit Babitsch, Was macht arme Frauen krank?, in: Raimund Geene und Carola Gold (Hrsg.), Gesundheit für Alle! Wie können arme Menschen von kurativer und präventiver Gesundheitsversorgung erreicht werden?, Berlin 2000, S. 130 ff. (Materialien für Gesundheitsförderung, Bd. 4).

¹⁴³ Rainer Grahn und Sybille van Os-Fingsberg, Lernen mit Herz, Hirn und Hand. Kommunikation auf dem Weg zur Gesundheit, in: Geene/Gold, S. 90.

Seit der Ottawa-Charta der World Health Organization (WHO) von 1986 und der damit verbundenen Gründung des bundesdeutschen Gesunde-Städte-Netzwerks¹⁴⁴ im Jahr 1989 erfährt der Zusammenhang von Armut und Gesundheit allmählich größere Aufmerksamkeit in Deutschland. Ausdruck hierfür ist beispielsweise der bundesweite Kongress „Armut und Gesundheit“, der seit 1995 jährlich in Berlin stattfindet. Dabei hat in den letzten Jahren der Zusammenhang von Gesundheitsförderung und sozialer Stadtteilentwicklung bei der inhaltlichen Ausrichtung des Kongresses zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Trotzdem rangiert „Gesundheitsförderung“ bei den inhaltlichen Handlungsfeldern in der bisherigen Programmumsetzung an letzter Stelle. Dabei übt die Mitwirkung des Verwaltungsbereichs Gesundheit in der Programmumsetzung deutlichen Einfluss auf die Relevanz des Handlungsfelds aus: Mit Beteiligung der kommunalen Gesundheitsverwaltung an der Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzepts (43 Gebiete) erhöht sich der Anteil der Gebiete mit gesundheitsorientierten Maßnahmen von knapp unter 30 Prozent auf rund 60 Prozent.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Querschnittscharakter des Handlungsfelds „Gesundheitsförderung“ dazu führt, dass Maßnahmen in anderen Bereichen vielfach Gesundheitsbezug aufweisen¹⁴⁵. So dient eine Reihe von Maßnahmen in den Handlungsfeldern „Umwelt“, „Verkehr“ sowie „Wohnumfeld und öffentlicher Raum“ gleichzeitig dazu, umweltbedingte Gesundheitsrisiken zu reduzieren. Einen bedeutenden Beitrag zur Gesundheitsförderung leisten auch viele Maßnahmen im Sportbereich. Ebenso haben Beschäftigungsmaßnahmen gesundheitsfördernde Wirkungen, da sie zu einer Verbesserung der ökonomischen Situation sowie des Selbstwertgefühls der Bewohnerinnen und Bewohner beitragen¹⁴⁶.

Gesundheitsbezogene Probleme und Potenziale in den Gebieten

Auch bei den Problemnennungen gehört der Bereich „Gesundheitsförderung“ zu den Schlusslichtern. Neben der eher geringen Bedeutung, die das Thema Gesundheit in der traditionellen Stadterneuerung besitzt¹⁴⁷, mag eine weitere Ursache hierfür sein, dass umweltbedingte¹⁴⁸ Gesundheitsprobleme aufgrund des mehrheitlich

¹⁴⁴ Nähere Informationen hierzu unter <http://www.Gesunde-Staedte-Netzwerk.de>.

¹⁴⁵ Wechselwirkungen zwischen Handlungsfeldern konnten durch die eher disziplinar ausgerichtete Befragung nicht erfasst werden. Vielfach wurde die Querschnittsorientierung einzelner Bereiche auch erst nach und nach im Zuge der Programmumsetzung deutlich.

¹⁴⁶ So auch z.B. *Ingeborg Junge-Reyer*, Gesellschaftliche Strategien gegen Armut, in: Geene/Gold, S. 32.

¹⁴⁷ In einem vom Institut für Medizin-Soziologie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf durchgeführten Forschungsprojekt zu „Gesundheitsförderung, Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung“ wurde untersucht, ob und inwieweit Gesundheitsbelange im Sanierungsgebiet Osterkirchenviertel in Hamburg-Altona eine Rolle spielen. Dabei zeigte sich, dass ein expliziter Gesundheitsbezug fast gänzlich fehlt. Vgl. hierzu *Alf Trojan, Brigitte Stumm, Waldemar Süß und Ines Zimmermann*, Soziale Stadtentwicklung. Eine intersektorale Aufgabe für die Gesundheitsförderung, in: Horst Heinemann (Hrsg.), Stadtentwicklung und Gesundheit, Frankfurt am Main 1998, S. 23 f.

¹⁴⁸ Die Unterscheidung zwischen sozial bedingten und umweltbedingten Gesundheitsgefahren ist Bestandteil eines sozialökologischen Modells von Gesundheit. Dieses Modell bildet die theoretische Grundlage für das von der World Health Organization (WHO) in der Ottawa-Charta von 1986 erstellte Leitkonzept zur Gesundheitsförderung. Vgl. hierzu *Trojan und andere*.

stadtplanerischen Berufshintergrunds der Antwortenden teilweise den Problem-bereichen Umweltbelastungen und Defizite im Wohnumfeld zugeordnet wurden; statt vom Gesundheitsrisiko Lärm wird beispielsweise von Verkehrs- und Lärm-belästigung gesprochen¹⁴⁹. Der tatsächliche Anteil gesundheitlicher Probleme in den Gebieten muss daher als deutlich höher eingeschätzt werden.

Dies lässt sich auch aus den Erfahrungen in den Modellgebieten ableiten, für die in 14 Fällen über Gesundheitsprobleme berichtet wird. Im Vordergrund stehen dabei gesundheitliche Probleme bei Kindern und Jugendlichen: Übergewichtigkeit, Hal-tungsschäden, Atemwegserkrankungen, Karies, Allergien sowie motorische und Sprachentwicklungsstörungen¹⁵⁰. Die Symptome der gesundheitlichen Vernachlässi-gung von Kindern können – wie für das Modellgebiet Hamburg-Altona – Lurup konstatiert – bis zum Zustand der Verwahrlosung reichen: „In Gesprächen mit Mit-arbeiterinnen und Mitarbeitern von Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Jugendeinrichtungen wurde wiederholt betont, dass Kinder – insbesondere nach Wochenenden – teils völlig ausgehungert sind“.¹⁵¹ Im Modellgebiet Berlin-Kreuz-berg – Kottbusser Tor tritt dieses Problem noch offensichtlicher zutage: „Hungernde Menschen“ – so das Quartiermanagement – „sind durchaus keine Seltenheit. Neben den erwachsenen Obdachlosen sind vermehrt Kinder aller Nationalitäten zu beob-achten, die sich von achtlos weggeworfenen Essensresten ernähren“.¹⁵² Darüber hinaus wird für rund ein Drittel der Modellgebiete über ausgeprägte Drogensucht-probleme berichtet.

Neben diesen sozial bedingten Gesundheitsgefahren werden für mehr als die Hälfte der Modellgebiete auch umweltbedingte Gesundheitsrisiken konstatiert. Vor allem hohe Verkehrsbelastungen und damit verbundene Lärm- und Schadstoff-emissionen sowie erhöhte Unfallrisiken werden in diesem Zusammenhang genannt. Insbesondere in den durch Altbau geprägten Gebieten existiert zudem häufig eine quantitative und qualitative Unterversorgung mit Grün- und Freiflä-chen, die sowohl zu ungünstigen kleinklimatischen Situationen als auch zu einem Mangel an Erholungsraum sowie an Spiel- und Bewegungsflächen für Kinder und Jugendliche führt. Anders als in den U.S.A. liegen für Deutschland noch kaum Untersuchungen darüber vor, inwieweit diese umweltbedingten Gesundheitsrisi-ken Ausdruck einer sozialräumlich ungleichen Verteilung von Umweltbelastungen sind¹⁵³.

¹⁴⁹ Im Rahmen des vom Institut für Medizin-Soziologie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf durchgeführten Forschungsprojekts wurde auch festgestellt, dass Verkehrs- und Umweltbelastungen zwar in dem untersuchten Sanierungsverfahren genannt wurden, jedoch ohne das Gesundheitsargument (*Trojan und andere*, S. 23 ff.).

¹⁵⁰ Vgl. allgemein zur gesundheitlichen Lage von benachteiligten Kindern und Jugendlichen: *B. Hock, G. Holz und R. Simmedinger*, Gute Kindheit – Schlechte Kindheit? Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Abschlußbericht zur Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt 2000; *Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Gesundheit und Soziales*, (Hrsg.), Gesundheitliche und soziale Lage der Schulanfänger in Berlin-Mitte, Berlin, November 2001, S. 34 ff.; *Bundesamt für Strahlenschutz* (Hrsg.), Dokumentation: Forum Kinder-Umwelt und Gesundheit. Eine Veranstaltung im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit am 23. und 24. November in München, o.O., o.J.

¹⁵¹ *Breckner und andere*, S. 41.

¹⁵² *Beer/Musch*, „Stadtteile ...“, S. 46.

¹⁵³ *Werner Maschewsky*, Umweltgerechtigkeit herstellen. Neue Strategien an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und Sozialpolitik, in: *WechselWirkung*, H. 6 (2002), S. 38–39.

Ebenso wie Probleme wurden gesundheitsbezogene Entwicklungspotenziale bei der bundesweiten Umfrage in den Programmgebieten nur vereinzelt erwähnt. Lediglich für sieben Prozent der Gebiete werden Angebote der Gesundheitsförderung als Potenziale identifiziert. Auch die PvO-Teams weisen kaum auf gesundheitsbezogene Potenziale in den Modellgebieten hin.

Stadtteilbezogene Strategien zur Gesundheitsförderung

Der Schwerpunkt der Projekte und Maßnahmen im Handlungsfeld „Gesundheitsförderung“ liegt bei präventiven und gesundheitsfördernden Angeboten¹⁵⁴. Charakteristisch ist dabei die Fokussierung auf den Lebensraum und die alltäglichen Lebensweisen der Bewohnerinnen und Bewohner. Dieser gebietsbezogene Ansatz korrespondiert mit dem seit Mitte der Achtzigerjahre des letzten Jahrhunderts zur Umsetzung von Prävention und Gesundheitsförderung zunehmend verfolgten „Setting-Ansatz“ der WHO¹⁵⁵. Als Settings werden Lebensbereiche mit ihren spezifischen sozialen und organisatorischen Strukturen bezeichnet, wie z.B. Schule, Betrieb, Stadtteil, Quartier, in denen Menschen sich überwiegend aufhalten und Lebensmuster entwickeln, die unter anderem ihre Gesundheit bestimmen. Ansätze der stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung in den Programmgebieten zielen zum einen darauf ab, „niedrigschwellige“ Angebote für schwer erreichbare Zielgruppen zu entwickeln, zum anderen darauf, durch Netzwerkbildung die Kooperation im Gesundheitswesen zu verbessern.

Die Entwicklung „niedrigschwelliger“ Angebote für einzelne Zielgruppen erfolgt vor allem deshalb, weil traditionelle Angebote der Gesundheitsförderung überwiegend mittelschichtorientiert sind und besonders gefährdete Gruppen in gesundheitlich benachteiligten sozialen Lagen in der Regel nicht erreichen. Diese neuen Angebote haben daher zum Ziel, die gesundheitsrelevanten Lebensbedingungen sowie die personalen und sozialen Ressourcen der angesprochenen Gruppen stärker zu berücksichtigen. Bewährt hat es sich hierbei, wenn die Maßnahmen – entsprechend dem Setting-Ansatz – in Räumen und Einrichtungen im Stadtteil stattfinden, die den angesprochenen Zielgruppen vertraut sind. Dies können Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Vereine, aber auch Moscheen oder andere soziale und religiöse Einrichtungen sein.

Eine wichtige Zielgruppe dieser Angebote sind *Kinder und Jugendliche* – zum einen weil sie häufig bereits gesundheitlich stark beeinträchtigt sind, zum anderen weil bei dieser Gruppe noch ein hohes Gesundheitspotenzial zu erwarten ist, das aktiviert und erhalten werden soll. Im Vordergrund stehen dabei Vor-Ort-Projekte

¹⁵⁴ Während Prävention bei einer gezielten Vermeidung von Krankheiten und Gesundheitsstörungen durch eine Verminderung von Belastungen und Risiken ansetzt, strebt Gesundheitsförderung vor allem eine Stärkung der Gesundheitsressourcen und -potenziale an. Dies bezieht sich sowohl auf den einzelnen Menschen als auch auf alle gesellschaftlichen Ebenen. Vgl. Ulla Walter, Friedrich Wilhelm Schwartz und Friederike Hoepner-Stamos, Zielorientiertes Qualitätsmanagement und aktuelle Entwicklungen in Gesundheitsförderung und Prävention, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.), Qualitätsmanagement in Gesundheitsförderung und Prävention. Grundsätze, Methoden und Anforderungen, Köln 2001, S. 23 (Forschung und Praxis der Gesundheitsförderung, Bd. 15).

¹⁵⁵ Vgl. Eberhard Göpel, Gesundheit fördern durch bürgerschaftliches Engagement. Aktuelle Ziele und Voraussetzungen für eine Neuordnung öffentlicher Gesundheitspolitik, in: Wechselwirkung, H. 6 (2002), S. 16.

zur Versorgung mit gesunden Mahlzeiten und zur Sensibilisierung für den Zusammenhang zwischen Ernährung und Gesundheit, Bewegungsangebote sowie Maßnahmen der Gewalt- und Suchtprävention¹⁵⁶.

Abbildung 61/62

Praxisbeispiel



Kinderkantine „Lernen geht durch den Magen“ in Wuppertal – Ostersbaum

(Foto links: Andreas Röttering, Wuppertal;
Foto rechts: P. Thelen, Wuppertal)

Die im Nachbarschaftsheim untergebrachte Kinderkantine richtet sich mit ihrem Angebot an Grundschulkindern und jüngere Kinder weiterführender Schulen (6 bis 12 Jahre). Da sich viele Kinder mittags am Kiosk versorgen und oft ihre Hausaufgaben nicht oder sehr fehlerhaft machen, werden die Kinder hier mit einem warmen Mittagessen versorgt, außerdem bekommen sie Unterstützung und Anleitung bei den Hausaufgaben und haben die Möglichkeit zum freien Spiel. Mit diesem Angebot wird der Tagesablauf für familiär vernachlässigte Kinder strukturiert, sie haben Ansprache und Kontakt zu Gleichaltrigen. An dem Projekt sind verschiedene Partner aus dem Gebiet beteiligt.

Andere Angebote richten sich speziell an *Frauen* im Stadtteil und bieten diesen Gelegenheit, sich über Möglichkeiten zur Gesundheitsförderung zu informieren und beraten zu lassen¹⁵⁷. Wesentliches Ziel ist es hierbei, die Frauen anzuregen,

¹⁵⁶ Vgl. hierzu z.B. die folgenden Projekte in der Projektdatenbank: Essen in Schulen in Bremen – Schwachhausen; Umstrukturierung des Mensabetriebs im Bildungszentrum Mümmelmannsberg in Hamburg-Mitte – Mümmelmannsberg; PreisWerte Ernährung in Lüneburg – Kaltenmoor; Gesundheitshaus in Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord sowie Lernen geht durch den Magen – Kinderkantine in Wuppertal – Ostersbaum.

¹⁵⁷ Vgl. hierzu z.B. die folgenden Projekte in der Projektdatenbank: Luruper Frauenoase in Hamburg-Altona – Lurup; Gesundheitshaus in Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord; Mutter-Kind-Turnen und noch mehr in Recklinghausen – Hochlarmark sowie Schutzengel e.V. – Gesundheitliche und soziale Unterstützung für werdende und junge Familien im Stadtteil in Flensburg – Neustadt.

selbst etwas für die eigene Gesundheit zu tun, „gesundes Leben“ (z.B. in Bezug auf Ernährung, Körperpflege) im Alltag zu üben sowie gezielt zusätzlich benötigte medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Zudem geht es bei vielen Angeboten darum, die Frauen in ihrer Rolle als Mutter für das Thema Gesundheitsförderung zu sensibilisieren und ihnen dessen Bedeutung für die Entwicklung ihrer Kinder näher zu bringen. Häufig richten sich frauenspezifische Angebote insbesondere an *Migrantinnen*¹⁵⁸. Bei dieser Gruppe bestehen oft große Informationsdefizite zu Fragen der Gesundheit, da mangelnde Sprachkenntnisse sowie das kulturell und sozial geprägte Rollenverständnis diesen Frauen den Zugang zu entsprechenden Informationen und einer optimalen Gesundheitsversorgung erschweren. Als Maßnahmen für diese Zielgruppe haben sich neben muttersprachigen Informationsmaterialien, offenen Kursangeboten und Gesprächskreisen vor allem Hausbesuche und direkte Hilfen bei gesundheitlichen Problemen in der Familie bewährt.

Praxisbeispiel

Abbildung 63/64



Gesundheitshaus in Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord

(Fotos: Daylight Filmproduktion, Berlin)

Das Gesundheitshaus existiert seit Mitte 1997. An dem Projekt sind neben dem Apothekerverband Westfalen-Lippe e.V. (Bezirksgruppe Gelsenkirchen) und der Arbeitsgemeinschaft der Krankenhäuser in Gelsenkirchen die Versorgungsträger Emscher Lippe Energie GmbH und Gelsenwasser AG sowie die Stadt Gelsenkirchen und die Volksbank eG Gelsenkirchen-Buer beteiligt. Es werden regelmäßige Kurse (z.B. Frauenturnen und Mutter-Kind-Turnen) und Vorträge sowie Sonderveranstaltungen (beispielsweise Gesundheitstage) angeboten. Besonders intensiv engagiert sich das Gesundheitshaus in Projekten mit Kindern und Jugendlichen (AIDS-Aufklärung, Anti-Gewalt-Training, Gesundheitsförderung im Vorschulalter). Die Türkinnen im Gebiet sind eine weitere Zielgruppe des Gesundheitshauses. Für sie gibt es einen wöchentlichen Gesprächskreis mit Kinderbetreuung sowie Schwimm- und Gymnastikkurse unter Anleitung einer verschleierte Kursleiterin.

¹⁵⁸ Vgl. hierzu z.B. die folgenden Projekte in der Projektdatenbank: Gesundheitsprojekt in der Interkulturellen Begegnungsstätte Bayouma-Haus in Berlin-Friedrichshain – Boxhagener Platz; Gesundheitshaus in Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord.

Ziel der *Bildung von Netzwerken zur stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung*¹⁵⁹ ist es, eine kooperative Gesundheitsförderung im Sinne eines Aktionsbündnisses Gesundheit im Stadtteil zu etablieren, das von allen im Gesundheitswesen und für die Gesundheitsförderung tätigen Akteuren im Stadtteil gemeinsam getragen wird. Mögliche Bündnispartner sind dabei unter anderem das Gesundheitsamt, freie Träger der Gesundheits- und Gemeinwesenarbeit, Selbsthilfegruppen, Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Krankenkassen, Sportvereine sowie Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Erfahrungen zeigen, dass auf diese Weise häufig überhaupt das erste Mal die Gelegenheit zum Kennenlernen, zum Austausch unterschiedlicher Sichtweisen und Ideen zur Gesundheitsförderung sowie zum gemeinsamen Handeln im Stadtteil entsteht.

5.8 Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit

Beim Handlungsfeld „Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit“ geht es in erster Linie darum, durch den Abbau von Vorurteilen und Informationslücken sowie den gleichzeitigen Aufbau von Kommunikationsnetzen und systematischer Berichterstattung Impulse zur Beteiligung an der Stadtteilentwicklung zu geben, realistische Entwicklungsperspektiven für den Stadtteil zu thematisieren und Identifikationsmöglichkeiten mit den Quartieren zu schaffen¹⁶⁰. In der konkreten Arbeit vor Ort werden die Folgen von Negativimages und Vernetzungsdefiziten deutlicher erkennbar, als dies durch die in der Umfrage genannten Ziele und Probleme wiedergegeben wird¹⁶¹. Bei den konkreten Maßnahmen und Projekten spielt das Handlungsfeld „Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit“ in drei Vierteln der Programmgebiete eine Rolle und nimmt damit den zweiten Rang bei den Häufigkeiten der Nennungen von Handlungsfeldern ein (vgl. Tabelle 12). Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit sind Querschnittsaufgaben, die sich vor allem mit Maßnahmen und Projekten im Handlungsfeld „Stadtteilkultur“ überschneiden.

Probleme und Potenziale für Image- und Öffentlichkeitsarbeit

Das Negativimage eines Großteils der Programmgebiete – insbesondere in der Außensicht – erweist sich als ein Schlüsselproblem für Atmosphäre und Stimmung vor Ort. Eine teilweise tendenziös-negative Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen hat daran ihren Anteil. Sie beeinflusst die öffentliche Meinung, und

¹⁵⁹ Vgl. hierzu z.B. *Dorothea Stappert und Marianne Leßmann*, Aktionsbündnis Gesundheit. Kooperative Gesundheitsförderung in einem benachteiligten Stadtquartier. Knappenviertel Oberhausen, in: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), *Quergedacht – Selbstgemacht. Integrierte Handlungsansätze in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dokumentation zur Veranstaltung am 21. Oktober 1999 in Köln-Kalk, Düsseldorf 2000*, S. 40–43 sowie das folgende Projekt in der Datenbank: *Gesundes Heimfeld – Netzwerk für quartiersorientierte Gesundheitsförderung in Hamburg-Harburg – Heimfeld-Nord*.

¹⁶⁰ Vgl. dazu *Heidede Becker*, *Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“*. Raumbezüge und Handlungsfelder, in: *Die alte Stadt*, H. 2 (2000), S. 148 f.

¹⁶¹ Bei den Angaben zu Zielen der Programmumsetzung wurde nur für 15 Prozent der Programmgebiete die „Verbesserung des Gebietsimages“ als Ziel genannt. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass für das Gros der Gebiete (Gebiete der Programmjahre 1999 und 2000) die Beantwortung im Rahmen der ersten Befragung erfolgte, also noch sehr am Anfang der Programmumsetzung.

gleichzeitig ist sie auch deren Spiegel. Medienberichte waren und sind – insbesondere zu Beginn der Programmumsetzung – viel zu häufig ausschließlich an Problemen und „alltäglichen Katastrophen“ ausgerichtet. So wurde längere Zeit den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf fast pauschal das Stigma der schlechten Adresse angeheftet. Eine Darstellung als Gebiete, in denen allein Armut und Verwahrlosung, Konflikte und Aggression den Alltag prägen, fördert Hoffnungslosigkeit, blockiert Engagement und beeinträchtigt das Selbstwertgefühl der Bewohnerschaft. Im Verlaufe der Programmumsetzung – dies wird beispielsweise aus den Modellgebieten Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord und Cottbus – Sachsendorf-Madlow berichtet – gelingt es jedoch häufig, eine konstruktivere Berichterstattung anzustoßen, bei der auf Entwicklungskonzepte, Lösungsansätze und weiterführende Projekte eingegangen wird.

Informationsmängel in den Gebieten der Sozialen Stadt werden von vielen Seiten thematisiert. Vor allem im Rahmen von Veranstaltungen und in den Erfahrungsberichten der PvO-Teams wird die Unkenntnis in den Gebieten über vorhandene Initiativen, interessierte und engagierte Einzelpersonen sowie über Einrichtungen und Angebote beklagt¹⁶². Mit Blick auf die Größe der Gebiete, die flächenmäßig im Durchschnitt zwölfmal größer sind als die traditionellen Sanierungsgebiete und in denen durchschnittlich 8 400 Menschen leben, verwundert dieser Mangel nicht.

Die Probleme verweisen zugleich auf Potenziale für Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit. Die Diskrepanz zwischen differenzierterem Innenimage und teilweise vorurteilsbehaftetem Außenimage in positiver Richtung auszugleichen, erscheint als ein Ansatzpunkt. Die zwar in den Quartieren noch nicht allgemein bekannten, aber vielfach vor Programmstart bereits vorhandenen Initiativen und Aktivitäten bieten darüber hinaus die Chance, diese bekannt zu machen, weiter auszubauen und zu vernetzen.

Strategien der Image- und Öffentlichkeitsarbeit

Insgesamt setzt sich zunehmend ein Verständnis durch, nach dem Öffentlichkeitsarbeit vor allem als Instrument von Aktivierungs- und Beteiligungsansätzen begriffen wird. Eine beteiligungs- und dialogorientierte Öffentlichkeitsarbeit gewinnt in den Programmgebieten an Bedeutung. Die bisher schon eingesetzte Maßnahmenpalette zur Stärkung eines positiven Quartiersimages ist bunt. Von den vielen bereits praktizierten Ansätzen der Öffentlichkeitsarbeit zeichnet das Diagramm (Abbildung 65) ein erstes Bild, wenn auch die einzelnen Kategorien nicht immer trennscharf voneinander abzugrenzen sind.

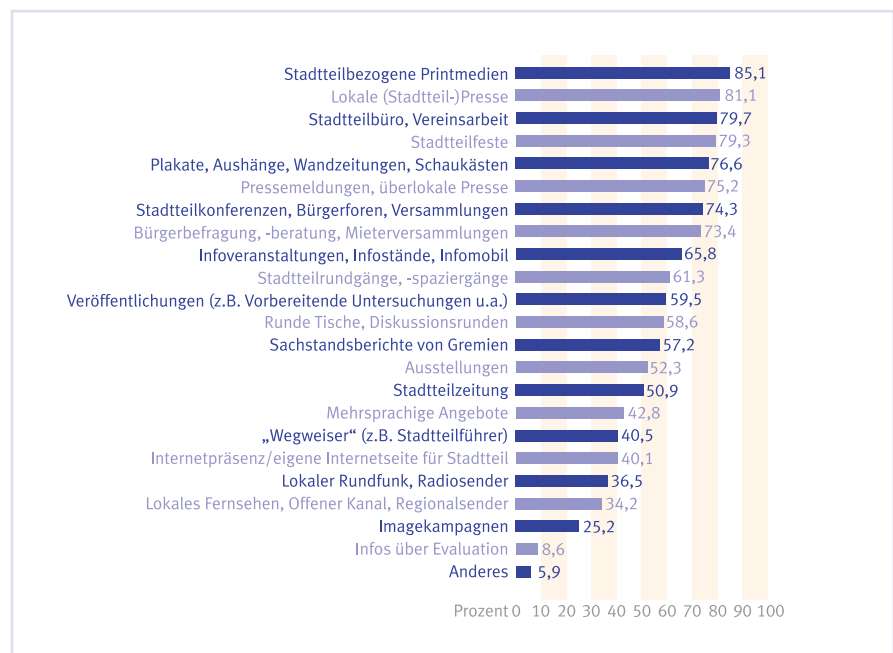
Als Träger der Öffentlichkeitsarbeit – dies wird aus den Erfahrungen in den Modellgebieten deutlich – treten vor allem die Quartiermanagement-Teams, aber auch Vereine, Initiativen, Wohnungsunternehmen, Projektträger und die Pressestelle der

¹⁶² Dazu beispielsweise Klaus Selle im Rahmen der Podiumsdiskussion „Die soziale Stadt – Vielfalt und Zukunft“ auf dem Zwischenbilanz-Kongress im Mai 2002: „Die wissen nicht, dass es da beim Sportverein jemand gibt, der sich verantwortlich für die Jugend im Stadtteil fühlt. Und die wissen nicht, dass der Schulleiter nebenan im Rahmen eines Bund-Länder-Modellversuchs gerade autonome Schule probt und den Stadtteil hereinholt. Die wissen nichts voneinander, und es gibt keinen, der systematisch Verbindungen herstellt.“ (abgedruckt in: *Deutsches Institut für Urbanistik [Hrsg.]*, Kongress, S. 88)

Verwaltung in Erscheinung. Insbesondere im Zusammenhang mit Imageförderung und Marketingstrategien wird in einzelnen Gebieten auch die lokale Wirtschaft aktiv (Bremen, Gelsenkirchen, Kassel). Insgesamt lassen sich aus den Maßnahmen und Projekten im Handlungsfeld „Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit“ folgende drei charakteristischen Strategien ableiten: Förderung der Stadtteilöffentlichkeit sowie Informations- und Beteiligungsstrategien zur Programmumsetzung als eher innengeleitete Strategien, die im Schwerpunkt auf die Rezeption im Gebiet ausgerichtet sind; vor allem außengeleitet ist die Strategie Förderung einer positiven Präsenz in den Medien.

Abbildung 65:

Elemente von Öffentlichkeitsarbeit (n=222, Mehrfachnennungen; Zweite Befragung – Difu 2002)



Deutsches Institut für Urbanistik

Insbesondere die Einrichtung von Stadtteilbüros als Orten der Informations- und Kontaktvermittlung¹⁶³, die Veranstaltung von Stadtteulfesten (für fast 80 Prozent aller Programmgebiete), gemeinsamen Stadtteilspaziergängen¹⁶⁴ (für 61 Prozent), Ausstellungen¹⁶⁵ (für 52 Prozent) und Lesungen sowie die Herausgabe von Stadtteilzeitungen¹⁶⁶ tragen zur *Förderung der Stadtteilöffentlichkeit* bei. In mehr als der Hälfte der Programmgebiete erscheinen Stadtteilzeitungen. Sie stellen die Plattform für eine Berichterstattung und Informationsstrategie dar, die mit Anschaulichkeit und verständlicher Sprache an der Alltagswelt der Bewohnerschaft anknüpft.

¹⁶³ Vgl. hierzu folgende Projekte in der Datenbank: Stadtteilbüro und Stadtteiltreff in Emden-Barenburg; Stadtteilbüro Flensburg – Neustadt; URBAN-Büro Kiel; Stadtteilmanagement Gaarden in Kiel – Gaarden.

¹⁶⁴ Vgl. hierzu folgendes Projekt in der Projektdatenbank: „Stadt Deiner Träume“, Stadteilerkundung mit der Kamera in Düsseldorf – Flingern-Oberbilk.

¹⁶⁵ Vgl. hierzu in der Datenbank: „Es hat sich viel verändert“ – Menschen und Meinungen aus dem Piusviertel in Ingolstadt (Fotoausstellung über die Bewohnerschaft).

¹⁶⁶ Vgl. hierzu folgende Projekte in der Datenbank: „Lurup im Blick“, Informationen und Ideen für Hamburg-Altona – Lurup; Stadtteilzeitung „VorOrt“ in Ahlen – Süd-Ost (Online-Zeitung als Qualifizierungsprojekt); „Soziale Stadt“. Stadtteilmagazin Leipziger Osten.

Wo sich die Bevölkerung und lokale Akteure mit eigenen Beiträgen beteiligen („Kiezjournalisten“¹⁶⁷) oder das Blatt sogar in eigener Regie herausgeben, bieten die Zeitungen auch die Chance zur Selbstdarstellung. Für das Modellgebiet Hamburg – Lurup wird die Stadtteilzeitung „Lurup im Blick“ vom PvO-Team als eines der Schlüsselprojekte eingeordnet, weil es „der Information und dem Stadtteilmarketing zum Zweck der Imageverbesserung des Gebiets“ dient¹⁶⁸. Darüber hinaus bieten eigens herausgegebene „Wegweiser“, Führer, Infobroschüren und themenbezogene Pläne, Stadtteilkarten beispielsweise mit Verzeichnis von Vereinen, Treffpunkten, Sozialen Diensten usw. ein Informationsangebot, mit dem die Entwicklung von Stadtteilöffentlichkeit gestützt wird. 40 Prozent aller Programmgebiete verfügen auch bereits über eine Darstellung im Internet.

Praxisbeispiel



Abbildung 66/67

Südstadtkids in Nürnberg – Galgenhof/Steinbühl

Die „Südstadtkids“, ein Projekt an einer Nürnberger Hauptschule, erarbeiten Interviews, Reportagen, Kommentare oder Features für das Radio Südpol e.V. in Kooperation mit Radio Z. Dazu erlernen die Schülerinnen und Schüler technische Grundlagen wie Textverarbeitung, den Umgang mit digitalen Aufnahmegeräten und Soundsystemen sowie journalistische Techniken (Konzeption von Sendungen, Recherche und Schaffung von Spannungsbögen). Dabei werden sie von einer Lehrerin und professionellen Radio-Machern unterstützt. Die Südstadtkids wollen aber nicht nur journalistische Fähigkeiten erlernen und anwenden, sondern vor allem darüber berichten, was in der Nürnberger Südstadt, ihrem Lebensumfeld, passiert – beispielsweise gab es Sendungen über Einrichtungen im Quartier und zu jüdischen Zeitzeugen, die über ihre Erfahrungen während des Zweiten Weltkriegs erzählten.

(Fotos: Südstadtkids, Nürnberg)

¹⁶⁷ Beer/Musch, „Stadtteile ...“, S. 139.

¹⁶⁸ Ingrid Breckner und Heike Herrmann, Hamburg-Altona – Lurup, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Die soziale Stadt, S. 145.

Mit Aufnahme der Quartiere in das Programm Soziale Stadt wurden in vielen Gebieten *umsetzungsbezogene Informations- und Beteiligungsstrategien*¹⁶⁹ etabliert. Hierzu gehören Informationsveranstaltungen zu Planungs- und Umsetzungsstand des Programms – in den Modellgebieten waren dies beispielsweise die Themen- und Starterkonferenzen –, die Durchführung von Bürgergutachten, Zukunftskonferenzen sowie Planungswerkstätten, die Veranstaltung von Stadtteilforen oder -konferenzen und die Einrichtung von Runden Tischen¹⁷⁰.

Abbildung 68/69

Praxisbeispiel

Logo- und Sloganwettbewerb im Leipziger Osten

im Sommer 2001 wurde ein Wettbewerb für die Entwicklung eines von allen lokalen und lokal wirksamen Akteuren kostenlos nutzbaren Logos und Slogans als Mittel zur Identitätsstiftung im Modellgebiet durchgeführt. Nachdem Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Themengruppe „Image und Öffentlichkeitsarbeit“ einen Vorentscheid über die besten Entwürfe getroffen hatten, wurden im November 2001 während einer Sitzung des Forums Leipziger Osten das beste Logo und der beste Slogan ausgewählt und prämiert. Das Sieger-Logo mit dem Schriftzug „Leipziger OSTEN“ soll für alle Aktivitäten, Veranstaltungen und Baumaßnahmen verwendet werden und überall dort präsent sein, wo über die vielen kleinen Erfolge im Leipziger Osten gesprochen wird.



(Foto: Ralf Elsässer, Leipzig)

Stadtteilzeitungen, Infoblätter, Flyer und andere im Gebiet produzierte Publikationen sind ein hilfreicher Bestandteil zur Verbesserung der Publizität im Gebiet; weiter aber kommt es darauf an, eine engagierte und wahrheitsgetreue Berichterstattung in den örtlichen und überörtlichen Medien – Presse, Funk, Fernsehen, Internet

¹⁶⁹ Vgl. hierzu die folgenden Projekte in der Projektdatenbank: Bürgergutachten zur Aufwertung des Gottesauer Platzes in Karlsruhe – Oststadt/West; Bürgerbeteiligung im Piusviertel in Ingolstadt (Zukunftswerkstatt, Stadtarbeitskreise und zielgruppenspezifische Workshops); Umweltinitiative Dortmund – Scharnhorst-Ost (Projekt zur Steigerung der Wohn- und Umweltqualität).

¹⁷⁰ Vgl. hierzu weiter Kapitel 8 „Aktivierung und Beteiligung“.

gleichermaßen – zu forcieren und zu kultivieren, insgesamt geht es damit um die *Förderung einer positiven Präsenz in den Medien*¹⁷¹. Dabei kann es nicht – wie bei professionellen PR-Konzepten – darum gehen, Signets und Slogans zu entwickeln, die sich von der konkreten Situation lösen; vielmehr besteht Konsens darüber, dass alle Bemühungen um ein positives Image nur als Echo auf reale Verbesserungen aufgebaut werden können. Lösungsansätze und Projekte sind ins Blickfeld zu rücken; dies bedeutet nicht, auf kritische Reflexion zu verzichten. Bisher sind für ein Viertel der Programmgebiete eigene Imagekampagnen durchgeführt worden. Außerdem dienen medienwirksame Aktionen (Plakatierungen, Stadtteilstefest unter besonderem Motto, Funk- oder Fernsehspots) dazu, den Quartieren ein eigenes Gepräge zu geben; ein Beispiel dafür sind die Videoclips „Gröpelingen – viel besser als man glaubt“, die in den Kinos im Vorprogramm laufen. Für das Modellgebiet Leipziger Osten wird der Logo- und Slogan-Wettbewerb von 2001 sogar als Schlüsselprojekt eingeschätzt¹⁷².

	sehr negativ verändert		negativ verändert		gleich geblieben		verbessert		sehr stark verbessert		weiß nicht	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Außenimage des Gebiets (n=205)	1	0,5	10	4,9	93	45,4	69	33,7	18	8,8	14	6,8
Innenimage des Gebiets (n=204)	–	–	4	2,0	45	22,1	121	59,3	22	10,8	12	5,9
Identifikation mit dem Gebiet (n=203)	–	–	4	2,0	49	24,1	110	54,2	24	11,8	16	7,9
Presseberichterstattung (n=204)	–	–	7	3,4	35	17,2	113	55,4	38	18,6	11	5,4

Tabelle 13:

Einschätzung zu den bisherigen Wirkungen der Öffentlichkeitsarbeit (Zweite Befragung – Difu 2002)



Deutsches Institut für Urbanistik

Die Wirkungen bisheriger Öffentlichkeitsarbeit werden insgesamt von den kommunalen Ansprechpartnerinnen und -partnern für das Programm Soziale Stadt recht positiv eingeschätzt. Für das Innenimage, die Identifikation mit den Quartieren und die Presseberichterstattung über die Gebiete wird jeweils für etwa zwei Drittel der Programmgebiete konstatiert, dass eine Verbesserung bewirkt werden konnte. Hinsichtlich der Entwicklung des Gebietsimages nach außen drücken sich in den Einschätzungen eher Zurückhaltung und Skepsis aus: Hier weist zum einen der Anteil der Unentschiedenen („gleich geblieben“) mit 45 Prozent den höchsten Anteil auf, zum anderen wird nur für 42 Prozent der Programmgebiete vermutet, dass sich das Außenimage verbessert hat.

¹⁷¹ Vgl. die folgenden Projekte in der Projektdatenbank: Ein neues Image für den Fischbacherberg (Stadtteilaufwertung in Siegen – Fischbacherberg); StadtTEILmarketing für Kiel – Gaarden; Ideenwettbewerb zur Namensgebung – ein neuer Name für den Stadtteil im Norden von Langen (Langen – Nordend); Medienwerkstatt/Koordinierte Pressearbeit zur Imageverbesserung in Singen – Langenrain.

¹⁷² Dabei ging es darum, unter Beteiligung der Bevölkerung zu einem griffigen Logo für den Stadtteil zu kommen. Den Zuschlag erhielt der Slogan „Im Osten geht die Sonne auf“; er kann nun mit dem entsprechenden Logo von allen Akteuren kostenlos genutzt werden und so zur „Identitätsstiftung im Modellgebiet“ beitragen; vgl. dazu *Christa Böhme und Thomas Franke*, Leipzig – Leipziger Osten, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), *Die Soziale Stadt*, S. 205.